

Nr.45

Juni
II/2009

DIE LINKE.

Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei DIE LINKE.



Franz Groll
**Von der
Finanzkrise zur
solidarischen
Gesellschaft**

Götz Brandt
**Die Naturfrage
bei Marx**

Hermann Scheer
**Die Ausnahmen sind
System:
Das Drama der
Klimakonferenzen**

**Mal richtig abschalten!
Aufruf zur bundesweiten Demo
gegen Atomenergie am 5. September 2009 in Berlin**

Laurie Guevara-Stone

**Viva la Revolución Energética. Kuba hat in zwei kurzen Jahren
alle Länder in Sinne von Energieeffizienz überholt**

Termine

25. Juli 2009, 14.00 - 18.00 Uhr Schweinfurt, Naturfreundehaus - Veranstaltung „Soziale Gerechtigkeit und ökologischer Umbau“

mit Eva Bulling-Schröter, Klaus Ernst. Die Münchner Umwelt-Gruppe nimmt mit Aktionen und Info-tisch daran teil. (Kinderkrebs um Atomkraftwerke, Grafenrheinfeld - Zwischenlager und kein Ende, Mit 380 kV quer durch die Natur u. a.)

05.09.2009 Große Anti-Atom-Demo, Berlin

Organisator: BUND, „ausgestrahlt, BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad, Bäuerliche Notgemeinschaft (Wendland), www.anti-atom-treck.de (siehe auch S. 17)

Themen der Falblätter

- Warum kann der **Kapitalismus nicht ökologisch** wirtschaften?
- Wir fordern ökologische **Gerechtigkeit**
- Wie viel **Erdoberfläche** steht jedem von uns zu?
- Ökologische **Arbeitsplätze** schaffen!
- Regierung beschleunigt **Klimawandel**. Regierung steuert in die Katastrophe.
- Land unter. Wie der **Klimawandel** unsere Küsten verändert
- 100 % Strom aus **Erneuerbarer Energie** in 15 Jahren
- Schafft **Energieautarkie** in Dörfern, Kleinstädten und Regionen!
- Dächer mit **Thermosolar-Anlagen** ausrüsten
- In jedes Dorf eine **Biogasanlage**.
- Für den **Ausstieg aus der Atomkraft** jetzt, sofort und überall
- **Atommüll-Endlagerung ist ungelöst**. Bürger tragen das Risiko. Konzerne scheffeln Profite
- „**Saubere Kohle**“ ist ein Werbetrick der Strommonopole
- Brauchen wir noch **Steinkohlebergbau** in Deutschland?
- **Verkehrswende** jetzt
- Zukunft der individuellen Mobilität ist das **Elektroauto**
- Teller oder Tank. Brot oder Agrosprit. „**Bio-kraftstoffe**“
- Klimakiller **Flugverkehr** beschränken
- **Kein Patent** auf Leben
- Keine **Genpflanzen** auf Äcker oder Teller
- Wer wird wann den deutschen **Wald** vernichten?
- **Abfallwirtschaft** in kommunale Hand
- **Abwasser** mit sozialverträglichen Gebühren
- **Nanopartikel**. Ein neues unsichtbares Gift?

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, dieses Jahr ist reichlich mit Wahlen aller Art versehen. Die Europawahl liegt gerade hinter uns, und bevor alle LeserInnen diese Ausgabe in den Händen halten können, findet im Juni der Parteitag zum Wahlprogramm für die Bundestagswahl im September statt.

In der letzten Tarantel berichteten wir über unsere ökologischen Anträge zum Europawahlprogramm. Erstmals war es uns gelungen, gemeinsam mit der BAG Umwelt-Energie-Verkehr und der AG Umwelt in der Bundestagsfraktion ein eigenständiges Umweltkapitel festzuschreiben. – Das Ergebnis der Europawahl ist bekannt: Der Stimmenanteil der LINKEN lag unter den Erwartungen des Parteivorstands. Die Grünen konnten dagegen ihr Spitzenresultat von 2004 sogar noch steigern. Offensichtlich sind die Menschen aufgrund der vielfältigen Umweltprobleme, insbesondere des auf uns zukommenden Klimawandels, stark für grüne Themen sensibilisiert. Die Grünen gelten dabei offenbar nach wie vor als „die“ kompetente Partei für ökologische Probleme.

Es reicht eben nicht aus, nur ein hinsichtlich der ökologischen Aspekte gutes Wahlprogramm zu veröffentlichen, wie es bei der LINKEN diesmal der Fall war. Und die „soziale Karte“ stach dagegen trotz der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise für DIE LINKE nicht im erwarteten Maße. Was liegt da näher, als darüber nachzudenken, wie der Wahlkampf im „grünen Bereich“ besser geführt werden kann? Die Ökologische Plattform, und hier gilt der Dank vor allem und ausdrücklich Götz Brandt, hat mehr als 20 Falblätter, neudeutsch Flyer genannt, zu den wichtigsten bundesweiten und regionalen Problemen erarbeitet und im Mai/Juni an alle Parteiorganisationen bis zur Kreisebene sowie an alle Mitglieder des Bundesvorstandes und aller Landesvorstände und alle Abgeordneten im Bundestag und alle Landesparlamentarier verschickt. Diese Flyer sind im Internet auf unserer Webseite www.oekologische-plattform.de herunterladbar und können so auch lokal vervielfältigt und im Wahlkampf als Argumentationshilfen verwendet werden. Vielleicht trägt ja gerade die Verbindung der sozialen mit der ökologischen Problematik zur Erhöhung des Stimmenanteils bei der Bundestagswahl bei?

Und vielleicht können wir damit auch ein wenig die Kompetenz der Partei auf dem Umweltsektor nicht nur in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit sondern auch in der Partei selbst steigern? Auf dem Parteitag am 20./21. Juni in Berlin werden wir jedenfalls mit einem Stand präsent sein. Und in der nächsten Tarantel werden wir auf den Ökologieteil des Bundestagswahlprogramms eingehen.

Die Redaktion

IN EIGENER SACHE

Sitzung des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform am 08.05.2009

Zeit: 08.05.2009, 18.00 – 22.00 Uhr

Ort: Warmensteinach, Ochsenkopphaus

1. Bundestreffen

Es wurden letzte Festlegungen hinsichtlich der Organisation des Ablaufs besprochen.

2. Vorbereitung des offenen Briefs an die Bundeskanzlerin und –minister zum Ilisu-Staudamm-Projekt

Der in Vorbereitung des Treffens von Ercan Ayobaga entworfene Brief wurde inhaltlich vom Koordinierungsrat gebilligt. Die Abstimmung darüber erfolgt auf dem Bundestreffen.

3. Vorschlag einer gemeinsamen Konferenz durch die BAG „Bedingungsloses Grundeinkommen“

Der Sprecherrat informiert darüber, dass die BAG „Bedingungsloses Grundeinkommen“ ein Konzept für eine gemeinsame Konferenz (Termin: März 2010) entworfen hat, um Gemeinsamkeiten und Berührungspunkte in der Arbeit der beiden Plattformen zu erörtern. Die finanzielle und inhaltliche Vorbereitung wird durch die BAG „Grundeinkommen“ erfolgen. Der Koordinierungsrat stimmt zu, da diese Thematik zur Vertiefung und Erweiterung unserer Vorstellungen hinsichtlich der Wege zu und der Realisierbarkeit einer ökologiegerechten Gesellschaft beitragen kann. Die ÖPF wird sich bemühen, ebenfalls einen Referenten für die Konferenz zu gewinnen.

4. Aktion Falblätter

Die maßgeblich von Götz Brandt erarbeiteten und gestalteten Falblätter zu wesentlichen ökologischen Problemfeldern liegen vor und sollen im bevorstehenden Bundestagswahlkampf und darüber hinaus Verwendung finden.

Der Sprecherrat wird den Versand an alle Parteistrukturen bis zur Kreisebene, an alle Mitglieder des Bundesvorstandes und aller Landesvorstände und an alle Parlamentarier der Partei auf der Bundes- und der Landesebene organisieren. Außerdem werden die Flyer als PDF-Dokumente auf der Webseite zum Download bereitgestellt.

5. Weitere Gestaltung der Arbeitsweise von BAG und ÖPF

Hierzu liegen Dokumente von Marko Ferst und von der ÖPF von NRW vor. Ralf Henrichs als Vertreter von NRW schlägt vor, die Tagesordnung des Bundestreffens zu ändern, um Zeit für die Erörterung dieser Papiere zu haben.

Da diese Ausarbeitungen nicht allen bekannt sind und die Tagesordnung bereits feststeht, wird nach kontroverser Diskussion entschieden, dass diese Problematik beim nächsten Treffen des Koordinierungsrates ausführlich erörtert werden soll.

Der Korat kann fundierte Vorschläge erarbeiten und ggf. dem nächsten Bundestreffen vorlegen.

6. Bundestagswahlprogramm

Der Parteivorstand stimmt am gleichen Wochenende zum 2. Entwurf des Wahlprogramms ab. Deshalb kann auf dem Treffen noch nicht zum konkreten Inhalt diskutiert werden.

Im Vorfeld wurde bekannt, dass das Programm wesentlich gekürzt wurde.

Es wird beschlossen, dass unsere ursprüngliche Zusammenarbeit als Antrag über die Parteitagsdelegierten eingereicht werden soll, ggf. mit kleinen Änderungen, falls der ökologische Teil nicht mehr adäquat enthalten sein sollte.

Der Sprecherrat

Bericht vom Bundestreffen der Ökologischen Plattform

Manfred Wolf

Bei ihrem diesjährigen Bundestreffen am 9. und 10. Mai im Fichtelgebirge hielt die Ökologische Plattform bei der LINKEN Rückschau auf ihr 15-jähriges Bemühen um ein schärferes ökologisches Profil der PDS/der Partei DIE LINKE. Die Teilnehmer des Treffens kamen dabei zu dem Schluss, dass die Partei ihre ökologische Kompetenz und Einflussnahme auf die Politik durchaus merkbar gestärkt hat. Nur absolute Ignoranten, wozu leider auch bestimmte Politiker und Medien gehören, sprechen ihr diese Kompetenz noch ab und tun ein Übriges dafür, dass diese weitgehend nicht wahrgenommen wird.

Die Teilnehmer stellten mit Befriedigung fest, dass die Plattform in 15 Jahren stärker geworden ist und gemeinsam mit anderen ökologisch engagierten Kräften in der Partei gute Ergebnisse vorweisen kann.

Dennoch meinten sie, dass die ökologischen Positionen der LINKEN und ihre Politik noch nicht den Anforderungen entsprechen, die die Umweltsituation unseres Planeten heute eigentlich an eine sozialistische Partei stellt. Bei anderen Parteien ist das natürlich erst recht nicht der Fall. Erforderlich wäre, dass DIE LINKE mit ihrer ökologischen Politik deutlich die Systemfrage stellt, wie es Oskar Lafontaine bereits 2007 auf der Ökokonferenz in Hamburg für DIE LINKE in Anspruch nahm. Das täte sie dann, wenn sie ihr eigenes ökologisches Profil noch deutlicher ausprägte. Hinsichtlich der Zielrichtung und Konsequenz ihrer Politik müsste sie dafür zum Teil erheblich über die von anderen Parteien mit der Wirtschaft abgestimmten Margen hinausgehen. Nur so könnte sie wirklich an den Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft rütteln und für alle noch besser erkennbar werden.

Gegenwärtig geht es um die Annahme eines solchen Bundestagswahlprogramms durch den nächsten Parteitag der LINKEN, mit dem auch alle ökologisch bewussten und engagierten Bürger der Bundesrepublik für DIE LINKE gewonnen werden können. Die Teilnehmer des Bundestreffens erwarten, dass sich die betreffenden Mitglieder der Plattform bis zur Beschlussfassung auf dem Parteitag für eine solche Qualität des Programms einsetzen.

Durch die Anhörung eines Vortrages machten sich die Teilnehmer des Treffens mit einem Staudammprojekt am Tigrisfluss in der Türkei bekannt, an dem auch deutsche Firmen, abgesichert durch eine Hermesbürgschaft, beteiligt sind. Da dieses Projekt eine Reihe von inakzeptablen negativen sozialen, ökologischen und politischen Folgen haben würde, wandten sie sich mit einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin und an die zuständigen Minister mit der Forderung, die deutsche Hermesbürgschaft für alle Aktivitäten in diesem Zusammenhang zurückzuziehen. Eine Realisierung dieses Projektes würde nicht nur eine humanitäre und ökologische, sondern auch eine kulturelle und politische Katastrophe in diesem Gebiet heraufbeschwören.

Hermesbürgschaft vom Ilisu-Staudammprojekt zurückziehen!

Brief der Teilnehmer des Bundestreffens der Ökologischen Plattform an die Bundeskanzlerin und die zuständigen Minister der deutschen Regierung

An die deutsche Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel!

An den Wirtschaftsminister Herrn Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg!

An die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Frau Heidemarie Wiese-Zeul!

An den Bundesminister der Finanzen Herrn Peer Steinbrück!

An den Bundesminister des Auswärtigen Herrn Frank-Walter Steinmeier!

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin!

Sehr geehrte Frau Ministerin und sehr geehrte Herren Minister!

Ziehen Sie endgültig die Hermesbürgschaft vom Ilisu-Staudammprojekt zurück!

Mit diesem Schreiben ersuchen wir Sie, dass die deutsche Hermesbürgschaft für das Ilisu-Staudamm- und Wasserkraftprojekt im kurdischen Teil der Türkei sofort zurückgezogen wird. Dieses Projekt hat inakzeptable negative soziale, ökologische und politische

Folgen, und die türkische Regierung verletzt offenkundig immer wieder die von Ihnen für die Umsetzung des Projektes gestellten Auflagen.

Auf internationaler Ebene würde der Bau des Ilisu-Staudammes den Konflikt um das Wasser des Tigris zwischen der Türkei, dem Irak und Syrien im ohnehin von Konflikten und Kriegen geplagten Mittleren Osten anheizen. Denn zwischen diesen drei Staaten gibt es keine Abkommen über die Nutzung des Flusses. - Auch hat die Türkei bisher die „UN-Konvention über die nichtschiffbare Nutzung grenzüberschreitender Wasserwege“ von 1997 nicht unterzeichnet.

Der am Tigris Fluss geplante Ilisu-Staudamm hätte erwiesenermaßen massive negative Auswirkungen auf das Leben der Menschen in der betroffenen Region. Sollte das Projekt wie geplant umgesetzt werden, machen Sie sich mitschuldig daran, dass bis zu 78 000 Menschen ihren angestammten Lebensraum verlieren, ohne eine angemessene Entschädigung zu erhalten, und in Folge dessen eine Massenflucht in die bereits jetzt völlig überforderten Städte der Umgebung einsetzt – mit katastrophalen sozioökonomischen Folgen.

Über 80 % der direkt Betroffenen und alle betroffenen Gemeinden der Region stellen sich gegen dieses Projekt. Sie glauben nicht den Versprechungen der Regierung über die Schaffung vieler Arbeitsplätze. Das ist schon an anderen in der Region bereits umgesetzten Talsperrenprojekten deutlich zu sehen. Der Ilisu-Staudamm ist auch in menschenrechtlicher Hinsicht ein großes Problem, weil seit den 80er Jahren in der betroffenen Region systematisch die Menschenrechte verletzt werden und die staatliche Repression in den letzten zwei bis drei Jahren nochmals zugenommen hat.

Darüber hinaus hätte der geplante Staudamm die Zerstörung des vielfältigen Ökosystems im Tigris zur Folge. Der Stausee würde durch die Versalzung und Vergiftung des Wassers weitreichende irreparable Schäden an der Umwelt verursachen. In dem betroffenen Gebiet wären viele endemische und global bedrohte Arten wie die Euphrat-Weichschildkröte (*Rafetus euphraticus*) und der Rötelfalke (*Falco naumanni*) betroffen. Auch unterhalb des Staudamms bis weit in den Irak wären negative ökologische Folgen sicher. Das lokale Klima in der Stauseeregion könnte sich auf eine gefährliche Art verändern und die wenigen Waldbestände bedrohen.

Das Umkippen des Stausees könnte zur Ausbreitung von Krankheiten wie Malaria und Typhus und damit zu einer ernsthaften Gefährdung der umliegenden Bevölkerung, d. h. von mehreren Hunderttausenden Menschen führen.

Auch auf kulturellem Gebiet würde das Projekt irreparable Schäden verursachen. Mit der antiken Stadt Hasankeyf und ihrer mehr als 10 000 Jahre zählenden Siedlungsgeschichte wäre ein einzigartiger Ort verschiedenster Kulturen zerstört. In diesem wichtigen Teil Obermesopotamiens sind darüber hinaus über 300 uralte archäologische Stätten von der Überflutung bedroht. So hat eine Anfang April 2009 von mehreren Wissenschaftlern in der Türkei veröffentlichte Untersuchung ergeben, dass Hasankeyf

und das Tigris 9 von 10 Kriterien für eine Aufnahme in das UNESCO-Weltkultur- und -naturerbe erfüllen. (Zum Vergleich: Venedig bzw. die ägyptischen Pyramiden erfüllen 5 bis 6 Kriterien.) Kurz gesagt wäre der Bau von Ilisu ein Verbrechen an einem wichtigen Teil der Zeugnisse der Menschheitsgeschichte.

Wir rufen Sie daher eindringlich auf zu überdenken, ob Ihre Regierung als Mitverursacherin einer humanitären, ökologischen, politischen und kulturellen Katastrophe dastehen möchte. Handeln Sie verantwortungsbewusst, und ziehen Sie sich endgültig von der Kreditversicherung des Ilisu-Staudamms zurück!

Hochachtungsvoll!

Die Teilnehmer des Bundestreffens der Ökologischen Plattform bei der LINKEN,
Warmensteinach (Fichtelgebirge), 09. Mai 2009
f. d. R. Manfred Wolf

**Antwortbrief der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,
Frau Heidemarie Wieczorek-Zeul**

Berlin, den 10. Juni 2009

Herrn Manfred Wolf
Ökologische Plattform der LINKEN
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Sehr geehrter Herr Wolf,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 13. Mai 2009. Dem Ilisu-Staudammprojekt stand ich von Beginn an kritisch gegenüber. Die von ihnen skizzierten Problembereiche des Projekts sind mir daher bestens bekannt.

Um die negativen Auswirkungen zu minimieren, haben wir die Übernahme der Exportkreditversicherungen an die Zusage der türkischen Seite geknüpft, hohe internationale Standards zum Schutz der Umwelt, der Kulturgüter und der betroffenen Bevölkerung einzuhalten. Weil die türkische Seite die Auflagen völlig unzureichend erfüllt hatte, sind die Verträge Ende 2008 suspendiert worden. Die türkische Seite hat nun eine letzte 180-Tages-Frist, um die Auflagen zu erfüllen. Diese Frist läuft am 6. Juli 2009 aus. Dann werden die Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz bewerten, ob die Auflagen mittlerweile umgesetzt wurden. Ist dies nicht der Fall, können die Liefer- und Kreditverträge definitiv gekündigt werden.

Ich versichere Ihnen, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bei der anstehenden Entscheidung bei seiner klaren Linie bleiben wird. Unsere Position beim Ilisu-

Staudamm ist seit Monaten unverändert. Danach müssen die Verträge beendet werden, wenn der Schutz von Menschen, Umwelt und Kulturgütern nicht gewährleistet ist.

Erst letzte Woche habe ich ein Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der europäischen Stop-Ilisu-Kampagne im Rahmen eines Ilisu-Gipfels in Berlin geführt. Ich habe den Vertreterinnen und Vertretern der Nichtregierungsorganisationen meine weitere Unterstützung zugesagt, weil die Auflagen nach wie vor nicht erfüllt sind.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Heidemarie Wieczorek-Zeul

GRUNDPOSITIONEN

Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft

Franz Groll

Bis zum Spätsommer 2008 war der Klimawandel das wohl beherrschende Thema der politischen Diskussion. Von da an wurde es schlagartig von der Finanzkrise und die dadurch entstehende Weltwirtschaftskrise verdrängt. Beides, der Klimawandel und die Finanz- und Wirtschaftskrise, sind Folgen unseres gegenwärtigen gesellschaftlichen Systems: des Kapitalismus. Er bzw. seine Protagonisten haben sich in der Vergangenheit als sehr anpassungsfähig erwiesen, und vieles deutet darauf hin, dass diesmal erneut durch flexibles Handeln und rhetorische Zugeständnisse versucht wird, einen Systemwechsel zu verhindern und den Kapitalismus zu retten. Doch es ist offenkundig: In der gegenwärtigen Krise kann dies nicht wie in vergangenen Krisen erfolgen, denn der Klimawandel ist nicht wie ein Konjunkturzyklus eine vorübergehende Erscheinung. Er ist existenziell und zwingt uns zu grundlegenden Veränderungen.

Die Berichte des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) des letzten Jahres haben mich (und hoffentlich nicht nur mich) aufgeschreckt: Die Kernbotschaft ist: Der Klimawandel vollzieht sich offensichtlich wesentlich schneller, als es bisher erwartet wurde. Und wahrscheinlich sind die Veränderungen in Wirklichkeit noch drastischer, wenn man bedenkt, dass die Berichte zurückhaltend formuliert sind, damit alle Staaten – auch die USA unter der Bush-Administration – ihre Zustimmung geben konnten. Tatsächlich wurden die früheren Prognosen von der Realität übertroffen.

Bis zur Veröffentlichung der jüngsten IPCC-Berichte war ich, was die Lösung der ökologischen Probleme angeht, ein Anhänger marktwirtschaftlicher Steuer-

runzungsmethoden. Sie regen die Kreativität der Wirtschaft und der Verbraucher an und führen so zu Lösungen, an die man vorher gar nicht gedacht hatte. Ich habe deshalb schon 1977 die Besteuerung aller Energierohstoffe vorgeschlagen und ein Jahr später die Besteuerung aller natürlichen Ressourcen. Je länger der ökologische Umbau unserer Wirtschaftsweise hinausgeschoben wurde, desto dringender wurde es, marktwirtschaftliche Methoden durch ordnungspolitische Maßnahmen zu ergänzen, da marktwirtschaftliche Methoden nur langsam zu wirken beginnen. Ordnungspolitische Maßnahmen sind aber nur dort sinnvoll, wo ihre Einhaltung ohne großen Aufwand überwacht werden kann. Die Berichte des IPCC machen deutlich, dass die Reduzierung des Ausstoßes an klimaschädlichen Gasen in solch umfangreichen Ausmaßen und in solch kurzer Zeit erfolgen muss, dass zu befürchten ist, dass die bisher bekannten marktwirtschaftlichen Methoden und ordnungspolitischen Maßnahmen nicht ausreichen werden, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Es wurde ermittelt, dass bis 2050 der jährliche Ausstoß an klimaschädlichen Gasen auf zwei Tonnen CO₂ (Äquivalent) pro Person reduziert werden muss. Für Deutschland bedeutet das eine Reduzierung um 84 % in 42 Jahren oder eine nahezu dreimalige Halbierung alle 15 Jahre. Das ist wohl die größte Herausforderung, vor der wir je standen.

Die Erreichung der Klimaschutzziele ist nicht nur ein technisches Problem, es ist auch ein volkswirtschaftliches und soziales Problem, weil es Klimaschutz nicht zum Nulltarif gibt. Es sind riesige Investitionen erforderlich, die in der Regel nicht die Produktivität der Arbeit steigern und sich auch nur zum Teil durch Material- oder Energieeinsparungen amortisieren. Diese Investitionen werden also zusätzliche Kosten verursachen, die zu Preissteigerungen führen werden. So lange noch Arbeitslosigkeit herrscht, kann ein Teil dieser Preissteigerungen durch sinkende Sozialbeiträge kompensiert werden, da für die erforderlichen Investitionen mehr Arbeitskräfte benötigt werden, was wiederum sinkende Sozialtransfers zur Folge hat. Sozial brisant wird es jedoch, wenn die Vollbeschäftigung erreicht ist und die Preise aufgrund der Klimaschutzinvestitionen, steigender Rohstoffkosten oder aufgrund der Kosten durch den CO₂-Emissionshandel weiter steigen. Das führt somit zu Reallohnverlusten, da die geringen Produktivitätsfortschritte der Arbeit nur noch wenig Spielraum für preisneutrale Lohnerhöhungen lassen. Die Kapitaleinkünfte indessen nehmen rasch zu, weil für die Klimaschutzinvestitionen Kapital gefragt sein wird. Wenn sodann aufgrund des demografischen Wandels zusätzlich höhere Belastungen auf die Beschäftigten abgewälzt werden, ist mit sozialen Spannungen oder gar Unruhen zu rechnen.

Zu Beginn des ökologischen Umbaus wird es aufgrund der Klimaschutzinvestitionen zu einem wirtschaftlichen Wachstum kommen, denn durch die steigende Beschäftigtenzahl, bedingt durch die höheren Investitionen, steigt die Wertschöpfung und die Nachfrage. In dieser Phase wird der Kapitalismus eine vorübergehende Renaissance erleben. Wenn

aber die Vollbeschäftigung aufgrund der steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften und wegen der demographischen Entwicklung erreicht ist, die Produktivitätssteigerung der Arbeit aufgrund der Priorität für den Klimaschutz merklich zurückgeht – vielleicht sogar überhaupt nicht mehr steigt oder gar sinkt –, wird es mit dem Wachstum vorbei sein. Es ist, zumindest in Deutschland, ab Anfang der 2020er Jahre sogar mit einer wirtschaftlichen Schrumpfung zu rechnen, denn von 2020 bis 2034 ist wegen der demografischen Entwicklung mit einem Arbeitskräfterrückgang um etwa 1,1 % pro Jahr zu rechnen. Da die Produktivitätssteigerung bei sinkendem Trend heute schon nur bei 1,1 % liegt, wird dieser Arbeitskräfteverlust zu einer Schrumpfung der Wirtschaft führen, was für eine kapitalistische Wirtschaft verheerende Folgen haben wird.

Ein ökonomisches Wachstum wird auch aus technischen Gründen nicht mehr möglich sein. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir, wie oben dargestellt, unseren CO₂-Ausstoß alle 15 Jahre halbieren. Wegen der derzeitigen großen Verschwendung wird die erste Halbierung möglicherweise auch dann erreichbar sein, wenn die Wirtschaft sich noch in einer Wachstumsperiode befindet. Der durch das Wachstum bedingte Mehrausstoß an CO₂ muss zwar zusätzlich reduziert werden, was bei der ersten Halbierung noch realisierbar erscheint. Danach wird es jedoch immer schwieriger werden, weitere Fortschritte zu erzielen. Ein wirtschaftliches Wachstum würde die Erreichung der Ziele erschweren, weil der durch Wachstum erhöhte CO₂-Ausstoß zusätzlich reduziert werden müsste. Es wird also der Punkt erreicht werden, an dem ein Wachstum auch aus ökologischen und technischen Gründen nicht mehr möglich sein wird.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die letzten beiden Stufen der Klimaschutzziele (zweite und dritte Halbierung des CO₂-Ausstoßes) nur durch eine substantielle Veränderung des Konsumverhaltens erreichbar sind, was die wirtschaftliche Entwicklung aber bremsen wird.

So sehen es auch der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und die katholischen Bischöfe in ihrer Schrift „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997. In ihr heißt es: „So wird das Ziel der Nachhaltigkeit ganz sicher verfehlt, wenn das durchschnittliche Konsumniveau in den Industrieländern weiter steigt. Deshalb muss das Bewusstsein dafür steigen, dass mehr Lebensqualität heute kaum noch durch Mehr und Schneller zu erreichen ist, sondern in wachsendem Maße durch Weniger und Langsamer und Bewusster. Derart veränderte Lebensstile werden sich vermutlich nur dann verbreiten, wenn deutlich wird, dass ein Leben, das die Mit- und Umwelt schont, neue Qualitäten hat.“

Spätestens, wenn unsere Wirtschaft ohne Wachstum auskommen muss, allerspätestens dann brauchen wir ein postkapitalistisches Wirtschaftssystem, das auch ohne Wachstum oder sogar bei schrumpfender Wirtschaft stabil ist und allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Aus den oben beschriebenen sozialen Gründen wird sich indes schon früher eine postkapitalistische, eine solidarische Gesellschaftsform durchsetzen, weil sich sonst die Armut und der Reichtum in einer nicht mehr hinnehmbaren extremen Form entwickeln würden.

Seit September 2008 gibt es noch einen zweiten Grund, der zu einem schnelleren Wandel hin zu einer postkapitalistischen Gesellschaft führen kann, als wir uns das bisher vorstellen konnten: Es ist die Finanzkrise und die damit einhergehende weltweite Wirtschaftskrise.

Im Augenblick ist es noch nicht absehbar, wie sich die Krise weiter entwickeln wird. Es ist zu hoffen, dass es gelingt, die Wirtschaft vor einer Depression zu bewahren und sie möglichst schnell auf einen ökologischen Pfad zu bringen. So würden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Der wirtschaftliche Niedergang könnte einerseits verhindert, oder zumindest reduziert und der Klimaschutz könnte andererseits mit der notwendigen Dringlichkeit eingeleitet werden.

Wichtig ist dabei, zu beachten, dass all diese Maßnahmen nicht zulasten der Gering- und Normalverdiener gehen. Es kann und darf nicht sein, dass sie in mehrfacher Hinsicht die Leidtragenden der neoliberalen Politik der letzten Jahre werden. So viel steht fest: Der eigentliche Grund für die Finanzkrise ist die neoliberale Politik, die die Gewinnmaximierung zum obersten Ziel allen Wirtschaftens erklärt, ganz gleich, ob dabei reale Werte geschaffen werden oder nicht. Diese Politik war in Deutschland begleitet von Reallohnverlusten und Sozialabbau, es fand eine beispiellose Umverteilung von unten nach oben statt. Die neoliberale Ideologie wurde in den letzten 25 Jahren in einer koordinierten Kampagne von WirtschaftsvertreterInnen, PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und den Medien zur herrschenden Lehrmeinung hochstilisiert, bis sie schließlich von einer Mehrheit der Bevölkerung als alternativlos akzeptiert wurde.

Die hohen Gewinne führten zu einer gewaltig ansteigenden Geldmenge, die zusätzlich durch eine expansive Geldpolitik, insbesondere von der amerikanischen Notenbank (Fed), gesteigert wurde. Durch den Wettlauf der Staaten um die niedrigsten Steuersätze, insbesondere für Unternehmens- und Kapitaleinkommen, aber auch für Gutverdienende, wurde die Überliquidität verstärkt. Da die Wirtschaft, bedingt durch die hohen Gewinne, wenig Fremdkapital benötigte, floss das Geld in spekulative Anlagen. Die Folge war die Entstehung von immer größeren Finanzblasen, die in immer kürzeren Abständen platzten und zu Krisen führten.

Mit der jetzigen Krise ist ein neuer Krisenhöhepunkt erreicht, der hoffentlich zu der Erkenntnis führt, dass die neoliberale Politik ein Irrweg ist und die Menschen zu einem definitiven, grundsätzlichen Wandel veranlasst. Barack Obama hat die US-Präsidentenwahlen mit der Forderung nach einem Wandel (change) gewonnen. Was er darunter versteht, wissen wir noch nicht, und was die bisher

Mächtigen ihm an Veränderung zugestehen, werden wir sehen.

Von unseren PolitikerInnen der etablierten Parteien in Deutschland ist mit Sicherheit kein nennenswerter Wandel zu erwarten. Hierfür gibt es viele deutliche Hinweise. So sollte z. B. Hans Tietmeyer zum Vorsitzenden der Kommission ernannt werden, die Vorschläge für eine Reform der Finanzmärkte erarbeiten soll. Eben jener also, der in einem Anflug von Ehrlichkeit oder Überheblichkeit (oder beides) als Chef der Bundesbank die Meinung vertreten hat, dass die Politik unter der Aufsicht der Finanzmärkte steht – und er fand, das sei offensichtlich ganz in Ordnung so! Welche Reformen wären von ihm zu erwarten?

Auch das neu ausgehandelte Erbschaftssteuergesetz ist ein weiterer Beleg dafür, dass zwar verbal neue Töne zu vernehmen sind, dass sich allerdings in der Realität gar nichts ändert, im Gegenteil: Statt mit einer Erhöhung der Erbschaftsteuer die ersten Schritte zu einer Verkleinerung der Kapitalblase einzuleiten, wird die Steuerlast reduziert und damit die Kapitalblasenbildung verstärkt! Und jüngst war in der Zeitung zu lesen, dass sich die Junge Union als die „Bastion für Wirtschaftsliberalismus und Konservatismus innerhalb der Unionsparteien“ sieht. „Mit der Mitte werden wir die Herzen der JU-Leute nicht erwärmen“, meinte zudem ihr Bundesvorsitzender. Das sind ja wirklich schöne Aussichten für die Zukunft.

Umso erstaunlicher ist die Tatsache, dass die Regierung mit der Rettungsaktion zur Stabilisierung der Finanzmärkte bei den WählerInnen sogar punkten konnte. Die Regierung und die etablierten Parteien, die allesamt die neoliberale Politik nach Kräften unterstützt haben, werden nicht abgestraft, sie bekommen sogar Lob dafür, dass sie ihre falsche Politik mit einem 500-Mrd.-Euro-Paket zulasten der BürgerInnen „gerettet“ haben, um sie nach der Krise wieder fortsetzen zu können. Ohne die Unterstützung der Medien wäre das undenkbar.

Der Fall ist klar: Der dringend notwendige Wandel hin zu einer solidarischen, zukunftsfähigen Gesellschaft wird eine „schwere Geburt“ werden, denn die Mächtigen und einflussreichen Kapitalbesitzer und ihre Organisationen werden sich dagegen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln wehren.

Damit es aber überhaupt zur Geburt einer neuen, solidarischen Gesellschaft kommen kann, muss sie als Idee gezeugt werden, muss eine Vision dieser zukunftsfähigen Gesellschaft entworfen werden, und es muss ein Weg aufgezeigt werden, wie dieses Ziel zu erreichen ist. Dazu möchte ich mit diesem Buch einen Beitrag leisten. Es wird eine postkapitalistische, solidarische und zukunftsfähige Gesellschaft beschrieben, und es wird darüber hinaus der Weg aufgezeigt, wie diese Gesellschaft „zur Welt“ gebracht werden kann.

Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass Sie nicht mit allem einverstanden sind, was ich vorschlage. Wenn es anders wäre, würde mich das wundern. Ein solches Werk kann unmöglich allein von einer einzelnen Person entworfen werden. Aber vielleicht festigt dieses Buch bei Ihnen die Einsicht, dass es so wie

bisher nicht weitergehen kann, und bringt Sie zu verstärktem Nachdenken. Und wenn aus dem Nachdenken neue, bessere Lösungen entstehen, die zu neuen Aufbrüchen führen, so hat dieses Buch seinen Zweck erfüllt.

Ich hoffe dabei auch auf Unterstützung durch Institutionen, Vereinigungen, Gewerkschaften und die Kirchen. Letztere haben mit ihrer Schrift „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997 einen hoffnungsvollen Anfang gemacht.

Vielleicht finden Sie auch manches von dem, was ich schreibe, als viel zu idealistisch. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Sie mit der Kritik nicht ganz unrecht haben. Aber: Wenn wir wirklich etwas substanzvoll verändern und die riesigen Probleme lösen wollen, dann müssen wir ganz neue Wege gehen. Auch solche, die uns heute noch als illusorisch erscheinen. Nur wenn wir uns sehr viel zutrauen, werden wir auch viel erreichen.

Auf alle Fälle geht eine mehr als 200-jährige Periode des Mehr und des Wachstums zu Ende. Wir stehen an einer grundsätzlichen Wende. Wenn wir diese Wende nicht aktiv gestalten, droht uns Ungemach. Wir haben nur noch sehr wenig Zeit zum Handeln!

Quelle

Franz Groll (2009): Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft: Visionen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung. – VSA, Hamburg. – ISBN 978-3-89965-356-4. – 208 S., 16,80 €

Die obige Leseprobe ist das einleitende Kapitel des Buches.

Franz Groll, von Beruf Maschinenschlosser und Ingenieur, kündigte nach 26-jähriger Tätigkeit bei IBM, um für die Diözese Jérémie in Haiti ein Berufsausbildungszentrum aufzubauen. Heute ist er aktiv im geschäftsführenden Landesvorstand von DIE LINKE.Baden-Württemberg und in der Ökologischen Plattform.

Die Naturfrage bei Marx

Götz Brandt

Wissenschaftlicher Lebensplan von Marx

Das wissenschaftliche Werk, das Marx hinterlassen hat, war unvollständig. Er hatte sich sehr viel mehr vorgenommen. Während Marx im Kapital Band I den Produktionsprozess und im Band II den Zirkulationsprozess als abgeschlossene Untersuchung hinterlassen hat, wurden im Band III die „Grundrente“ und die „Lohnarbeit“ nicht vollendet, und Engels musste bekanntlich die Edition besorgen.

Marx ursprünglicher Plan war aber, anschließend noch die Analyse des Staates, seine Möglichkeiten des politischen Klassenausgleichs und die Grenzen der Wirtschafts- und Sozialpolitik durch Staatsein-

fluss, die internationale Konkurrenz und Kolonisation sowie als Krönung der Untersuchungen die Weltwirtschaft zu behandeln und sein Werk abzurunden. In seinem Plan war also nur die ökonomische Analyse vorgesehen, und es gibt keinen Plan einer ökologischen Analyse. Das war zur Lebenszeit von Marx noch kein akutes Thema.

Wir sind also, auch was seine Aussagen zur Natur anbetreffen, auf Textstellen und Zusammenhänge angewiesen, die sich in seinen ökonomischen Werken verstreut finden. Zitate haben es aber an sich, dass sie aus dem Zusammenhang des Textes gerissen werden. Mit Zitaten lässt sich bekanntlich trefflich streiten, wie aus dem „Faust“ bekannt. Wir müssen uns also hüten, zu viel hinein oder auch aus ihnen herauszulesen.

Gratisnaturproduktivkräfte

Im Zusammenhang mit seinen ökonomischen Studien zum Kapital hat sich Marx mit den Produktivkräften der Arbeit befasst. Er gab folgende Definition: „Die Produktivkraft der Arbeit ist durch mannigfache Umstände bestimmt, unter anderen durch den Durchschnittsgrad des Geschickes der Arbeiter, die Entwicklungsstufe der Wissenschaft und ihrer technologischen Anwendbarkeit, die gesellschaftliche Kombination des Produktionsprozesses, den Umfang und die Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel; und durch Naturverhältnisse.“ Und weiter: „Wie die geschichtlich entwickelten gesellschaftlichen, so erscheinen die naturbedingten Produktivkräfte der Arbeit als Produktivkräfte des Kapitals. Naturelemente, die in die Produktion als Agentien eingehen ohne zu kosten, welche Rolle sie immer in der Produktion spielen mögen, gehen nicht als Bestandteil des Kapitals in sie ein, sondern als Gratisnaturproduktivkräfte des Kapitals, d. h. als eine Gratisnaturproduktivkraft der Arbeit, die sich aber auf Basis der kapitalistischen Produktionsweise, wie alle Produktivkräfte, als Produktivkraft des Kapitals darstellt.“ Damit hat Marx die Rolle der Natur im kapitalistischen Produktionsprozess klargestellt. Das Kapital nimmt auf Naturkräfte und Naturressourcen keinerlei Rücksicht, weil sie eben nichts kosten. Das ganze Gerede der Neoliberalen von „Naturkapital“ und „Humankapital“ soll nur die realen ökonomischen Verhältnisse verkleiden.

Engels Verständnis von Natur und Mensch

Das heutige Thema beschränkt sich auf das Verhältnis von Marx zur Natur. Das Thema müsste aber auch die Ansichten von Friedrich Engels einschließen. Zwischen den Freunden gab es nämlich nicht nur einen regen Gedankenaustausch, sondern sie haben auch viele Veröffentlichungen gemeinsam verfasst. Engels hat sein Werk „Die Dialektik der Natur“ bereits in den Jahren 1878 bis 1883 erarbeitet, das Kapital wurde erst 1883 nach Marx Tod von Engels herausgegeben.

In seinem Werk „Die Dialektik der Natur“ hat Engels das Verhältnis von Mensch und Natur untersucht. Er sagte: „Wir beherrschen die Natur nicht, sondern wir gehören ihr an, stehen in ihr. Unser Vorzug als Menschen ist nur, dass wir ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden können. Schmeicheln wir uns indes nicht so sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. ... Wir werden mit jedem Schritt daran erinnert, dass wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außerhalb der Natur steht. ... Der Mensch ist ein Teil der Natur.“ Soweit Zitate von Engels. Er tritt mit diesen Stellungnahmen der damals weitverbreiteten Meinung entgegen, dass der Mensch als Krone der Schöpfung über die Natur herrscht und sie ihm untertan ist, so wie es in der Bibel steht.

Engels hatte auch schon erkannt, dass in antiken Ländern wie Mesopotamien, Kleinasien, Griechenland und Italien durch Abholzen der Wälder die Feuchtigkeitssammelstellen vernichtet und dadurch Ertragseinbußen und Überschwemmungen herbeigeführt wurden. Die Siege über die Natur haben sich in Niederlagen verwandelt. Bis heute hat sich am Verhalten der Menschen nichts geändert. Der Tropenwald wird abgeholzt.

Marx und die Umweltprobleme seiner Zeit

Wenn wir Marx' Naturverständnis untersuchen wollen, dann muss berücksichtigt werden, dass er vor mehr als 150 Jahren gelebt hat. Frühindustrielle Umweltschäden beschränkten sich lokal oder regional auf die Umgebung einer Stadt oder Industrieregion. Weite Bereiche der Ökosysteme waren damals noch intakt und nicht beeinträchtigt. Flächendeckende Umweltschäden entstanden erst nach dem 1. Weltkrieg. Vielfach wirkte damals nur ein Giftstoff, und man kannte den Verursacher. Heute kommt es zu komplexen Wirkungen durch Giftcocktails. Früher waren die Belästigungen durch Staub, Rauch, Ruß und Gestank sinnlich wahrnehmbar. Heute kommen nicht sinnlich wahrnehmbare Gase, Schwermetalle, giftige organische Verbindungen oder radioaktive Strahlen hinzu, die nur mit wissenschaftlichen Analysen feststellbar sind. Früher ging es um kurzfristige Schäden, heute um irreversible globale Dauerschäden und eine Überlastung der Natur. Ich will damit sagen, dass Umweltprobleme, wie sie nach dem 2. Weltkrieg entstanden, für Marx unbekannt waren. Damals konnte man aus der Natur und den Ressourcen aus dem Vollen schöpfen, ein Ende war nicht absehbar und beim damaligen Niveau der Industrieproduktion nicht vorstellbar.

Mensch und Natur bei Marx

Muss sich Marx nun den Vorwurf von Hans Immler (Marx und die Naturfrage, 1984) gefallen lassen, er hätte die „Natur“ bei der Analyse der kapitalistischen Warenproduktion eliminiert und nicht berücksichtigt,

er wäre vom Prinzip der „Naturkonstanz“, wie bei Ricardo, ausgegangen und hätte die Natur als ewig und unerschöpflich angesehen? Das wäre auch der Grund gewesen, weshalb sich die sozialistischen Länder um ökologische Probleme nicht gekümmert hätten und bei der Industrialisierung und dem Wirtschaftswachstum noch größere Umweltschäden angerichtet hätten als die kapitalistischen Länder. Die sozialistischen Länder wären nur eine Spielart des Staatskapitalismus gewesen. Hat Immler recht?

Bereits in seinen Frühschriften hat sich Marx zum Verhältnis von Mensch und Natur geäußert: „Das praktische Erzeugen einer gegenständlichen Welt, die Bearbeitung der unorganischen Natur ist die Bewährung des Menschen als eines bewussten Gattungswesens. ... Diese Produktion ist sein werktätiges Gattungsleben. Durch sie erscheint die Natur als sein Werk und seine Wirklichkeit“ (MEW EI, S. 516 f.). Damit wird die schöpferische Potenz des Menschen in der Naturbeherrschung gekennzeichnet, wie er mit den von ihm entwickelten Produktivkräften die Welt verändert.

Andererseits hat Marx erkannt, dass sich der Mensch nicht von der Natur lösen kann und ihr immer verhaftet bleibt: „Der Mensch lebt von der Natur, heißt: Die Natur ist sein Leib, mit dem er in beständigem Prozess bleiben muss, um nicht zu sterben. Dass das physische und geistige Leben des Menschen mit Natur zusammenhängt, hat keinen anderen Sinn, als dass die Natur mit sich selbst zusammenhängt, denn der Mensch ist ein Teil der Natur“ (MEW EI, S. 516). Damit ist klar, dass für Marx die „werktätige“ produktive Tätigkeit des Menschen zugleich immer ein Teil der Produktivität der Natur bleibt. Marx versteht die Gesellschaft als dialektisches Verhältnis von Mensch und Natur. Das formuliert er so: „Die Arbeit ist nicht die Quelle alles Reichtums. Die Natur ist ebenso die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft“ (Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 15).

Entfremdung des Menschen von der Natur

In der heutigen kapitalistischen gesellschaftlichen Praxis ist das Verhältnis von Mensch und Natur durch eine zunehmende Entfremdung gekennzeichnet. Zur Entfremdung im Kapitalismus äußert sich Marx wie folgt: „Indem die entfremdete Arbeit dem Menschen 1. die Natur entfremdet, 2. sich selbst, seine eigene tätige Funktion, seine Lebenstätigkeit, so entfremdet sie dem Menschen die Gattung; sie macht ihm das Gattungsleben zum Mittel des individuellen Lebens. Die entfremdete Arbeit macht also: 3. das Gattungswesen des Menschen, sowohl die Natur als sein geistiges Gattungsvermögen, zu einem ihm fremden Wesen, zum Mittel seiner individuellen Existenz. Sie entfremdet dem Menschen seinen eigenen Leib, wie die Natur außer ihm, wie sein

geistiges Leben, sein menschliches Wesen“ (MEW E1; S. 516).

Erst, wenn die kapitalistischen Produktionsverhältnisse beseitigt sind und eine solidarische Gesellschaft entstanden ist, kann diese Entfremdung aufgehoben werden. Marx sagte dazu: „Der Kommunismus als positive Aufhebung des Privateigentums als menschlicher Selbstentfremdung ... ist die wahrhaftige Auflösung des Widerstreits zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen“ (MEW E1, S. 536). In einer solidarischen Gesellschaft wird das Verhältnis zwischen Produktion und Natur neu geordnet: „Also die Gesellschaft ist die vollendete Wesenseinheit des Menschen mit der Natur, die wahre Resurrektion (Auferstehung) der Natur, der durchgeführte Naturalismus des Menschen und dadurch geführte Humanismus der Natur“ (MEW E1; S. 538). Wenn dieser Zustand erreicht ist, sind Mensch und Natur ausgesöhnt. Mit diesen Zitaten aus Marx' Frühwerk „Ökonomisch-philosophische Manuskripte“ wird grundsätzlich klar, dass Marx das Ziel gestellt hatte, dass die Menschen mit der Natur eine ‚bewusste Allianz‘ (Bloch) eingehen und deshalb das kapitalistische System der Entfremdung überwinden müssen.

Hubert Fetzter hat Marx wie folgt interpretiert: „In diesem Sinne besteht der sozialistische Transformationsprozess darin, gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, in denen sowohl die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen als auch die Zerstörung der Natur durch den Menschen überwunden sind. Der Mensch kann nicht frei sein, ohne dass der Naturzerstörung Einhalt geboten wird. Die Naturzerstörung hört nicht auf, solange der Mensch unfrei ist. Diese Dialektik muss Bestandteil jeglichen sozialistischen Gesellschaftsentwurfs sein.“

Kapitalismus zerstört die Erde

In seinem Werk, „Kritik der politischen Ökonomie“ erklärt Marx den grundlegenden Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise gegenüber der lebendigen Arbeit und der lebendigen Natur. Marx hat die kapitalistische Produktionsweise und die Wertökonomie grundsätzlich abgelehnt, weil sie „die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“ (MEW 23; S. 529 f.).

Insbesondere die Einführung der maschinellen Produktion ruiniert die Natur. Marx sagt dazu: „Große Industrie und industriell betriebene große Agrikultur wirken zusammen. Wenn sie sich ursprünglich dadurch scheiden, dass die erste mehr die Arbeitskraft des Menschen, letztere mehr direkt die Naturkraft des Bodens verwüstet und ruiniert, so reichen sich später im Fortgang beide die Hand, in dem das industrielle System auf dem Land auch die Arbeiter entkräftet, und Industrie und Handel ihrerseits der Agrikultur die Mittel zur Erschöpfung des Bodens verschaffen“ (MEW 23, S. 580). Welch prophetische Voraussicht auf die heutige industrielle Landwirtschaft mit ihrer Überdüngung der Böden, Pestizideinsatz auf den Feldern, dem Hormoneinsatz bei den

Tieren, den genmanipulierten Pflanzen auf den Feldern, der Massentierhaltung usw.

Marx hat auch erkannt und nachgewiesen, dass weder durch wissenschaftlich-technische noch durch politisch-staatliche Gegenmaßnahmen dieser doppelte Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise gegenüber der Arbeit und der Natur grundlegend behoben werden kann, da dieser Widerspruch in der Formbestimmtheit dieser Produktionsweise selbst verwurzelt ist und auch alle ihre Instrumente durchherrscht (Schmied-Kowarzik: Marx und die Naturfrage, 1984).

Insofern wollte Marx genau das Gegenteil, was die „Grünen“ heute wollen, nämlich die Naturzerstörung im Kapitalismus etwas abzubremsen. Marx ist bewusst, dass die sich zuspitzende Entfremdung von gesellschaftlicher Produktion und Natur nicht ein naturnotwendiger, unaufhebbarer Konflikt zwischen Mensch und Natur ist, sondern durch gesellschaftliche Praxis selbst hervorgebracht ist und daher auch grundsätzlich durch die revolutionäre Praxis derer aufgehoben werden kann, denen bewusst geworden ist, dass nur noch eine grundsätzliche Umkehr uns retten kann (Schmied-Kowarzik).

Wachstum und Naturressourcen

Nun wird Marx unterstellt, er wäre ein Propagandist ungehemmter industrieller Produktivkraftentwicklung und Naturbeherrschung gewesen, weil er bei Aufhebung der hemmenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse eine unbeschränkte Entwicklung der Produktivkräfte voraussah. Deshalb wurde auch in der DDR der „wissenschaftlich-technische Fortschritt“ in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik gestellt. („Überholen, ohne einzuholen.“) Aber damit wird Marx ebenfalls unrecht getan.

Marx stellte zwar fest, dass Wissenschaft und Technik die menschlichen Wesenskräfte in der Bearbeitung der Natur und der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens entfalten, dass aber unter dem gegenwärtigen Diktat des Kapitals diese Produktivkräfte der Ausbeutung der Arbeiter dienen und sie „die wirkliche Verachtung, die praktische Herabwürdigung der Natur betreiben“ (MEW 1; S. 375).

Marx ahnte bereits, obwohl damals noch nicht absehbar, dass das kapitalistische Industriesystem zu „vorzeitiger Überanstrengung und Erschöpfung durch Störung des Gleichgewichts“ führt, wodurch „die Zukunft realiter ... verwüstet wird“ (MEW 26/3; S. 303). Und diese Erkenntnis hatte Marx schon vor über 150 Jahren, als die Natur noch dem Kapitalisten kostenlos, wertlos, beliebig und scheinbar unbegrenzt zur Verfügung stand und jeder zulangen konnte und Natur in beliebiger Qualität und Quantität konsumieren konnte (Immler, H.).

Und diese Auffassung von der Unendlichkeit der Natur wird heute praktisch angewendet, indem die industrielle Produktionsmaschine zu immer größeren Produktionsmengen angetrieben wird, obwohl der Club of Rome schon vor 30 Jahren das „Ende des Wachstums“ angekündigt hatte. Die Gratisnaturpro-

duktivkräfte der Arbeit, die sich das Kapital einverleiben kann, werden nachlassen und versiegen. Das Ende der kapitalistischen Produktionsweise wird kommen, „wenn eine zerstörte Natur bei aller Arbeitsaufwendung gerade noch die Reproduktion der Arbeitskraft zuließe und keine Minute Mehrarbeit geleistet werden kann“ (Immler, H.).

Systemwechsel rettet Natur und Zivilisation

Bereits Marx hat den Weg aus dieser realen Gefahr eines Rückfalls in die Barbarei gewiesen und der LINKEN das strategische Ziel vorgegeben, dass „vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmückt erscheinen wird, wie das Privateigentum eines Menschen an einem anderen Menschen. Selbst die ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammen genommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer und haben sie als boni patres familias (gute Familienväter) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen“ (MEW 25; S. 782).

Wenn es der LINKEN als einzige politische Kraft, die einen gesellschaftlichen Strukturwandel anstrebt, nicht gelingen wird, diese revolutionäre Umkehr auf den Weg zu bringen, dann wird der kapitalistische Selbstzerstörungsprozess zu einem Rückfall in die Barbarei führen. Der LINKEN muss auch klar sein, dass der „reale Sozialismus“ auch nur eine auf Wachstum bedachte Industriegesellschaft war und eine Natur zerstörende Ökonomie hatte, also im Verhältnis zur Natur keine bessere Rolle gespielt hat als der Kapitalismus, und „das gesellschaftliche Ziel einer humanisierten Natur weder im Realsozialismus noch im Kapitalismus erreichbar“ wäre (Immler, H.). Auch Bahro hat kritisiert, dass die Forderung nach einer unendlich erweiterten Reproduktion der Gesellschaft heute nicht mehr haltbar ist. Eine ständig vermehrte Produktion kann weder im Kapitalismus noch im Sozialismus realisiert werden, die Tragfähigkeit der Natur setzt die Grenze.

Inzwischen ist vielen Menschen klar geworden, dass die sozialen Kämpfe um mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft immer mehr zurücktreten vor dem Problem des ökologischen Kollapses der kapitalistischen Produktionsweise, dass es generell um das Überleben der Menschheit geht und es Arme und Reiche, Gerechte und Ungerechte treffen wird.

Marx hatte nachgewiesen, „dass die bestehende kapitalistische Ökonomie aufgrund ihrer verkehrten Logik die lebendige Arbeit und die lebendige Natur ignorieren, ja negieren muss, sodass erst nach einer revolutionären Aufhebung dieser verkehrten ökonomischen Basis, die vereinigt handelnden Produzenten einer befreiten Gesellschaft in der Lage sein werden, ihre Lebensverhältnisse von der lebendigen Arbeit und der lebendigen Natur her gestalten zu können“ (Schmied-Kowarzik).

Standpunkte der Ökologischen Plattform bei der LINKEN zur Naturfrage

Die Ökologische Plattform bei der LINKEN macht sich Marx Lehren zu eigen und hat erkannt, dass keinerlei politisch-staatliche Reformen oder wissenschaftlich-technische Eingriffe das Natur zerstörende Wesen des Kapitalismus ändern können und nur die grundlegende Revolutionierung jeglicher Wertökonomie auf der Tagesordnung steht.

Es ist die kapitalistische Produktion, die den industriellen Prozess entwickelt hat, „indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt, die Erde und den Arbeiter“ (MEW Bd. 23, S. 530).

Die Mehrheit der Genossen und vor allem die Politiker der LINKEN haben diese Zusammenhänge noch nicht verinnerlicht und das Kommunistische Manifest noch nicht zur Grundlage der täglichen Arbeit gemacht: entweder revolutionäre Aufhebung der gesamten ökonomischen Basis in ihrer gegenwärtigen wertbestimmten Gestalt oder Rückfall in die Barbarei, den „gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen“ (MEW 4; S. 462).

Einen Neuanfang wird es nach einem solchen gemeinsamen Untergang nicht mehr geben, die Menschheit hat nur geringe Überlebenschancen, denn die profitgetriebene „industrielle Produktionsweise wird nicht eher in ihrer Naturausbeutung und Naturzerstörung gebremst werden, bis sie an Grenzen stößt – die absolute Grenze erschöpfter Rohstoffquellen ...“ (Schmied-Kowarzik).

Literatur:

Bahro, Rudolf (2007): Denker, Reformator, Homo politicus. - S.61

Engels, Friedrich: Dialektik der Natur. Bücherei des Marxismus-Leninismus. – Bd .18. S. 190 f.

Fetzer, Hubert: Klimawandel und Sozialismus. – In: UTOPIE konkret, H. 213/214, S. 705

Immler, Hans (1984): Marx und die Naturfrage

Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms. - MEW 19, S. 15

Marx, Karl: Ökonomisch-philosophische Manuskripte. - MEW E1, S. 516 und 536 ff.

Marx, Karl: Kritik der Politischen Ökonomie. - MEW Bd. 23, S. 529 f.

Marx, Karl: Das Kapital Bd. 3. - MEW 25, S. 821

Schmied-Kowarzik (1984): Marx und die Naturfrage

Quelle:

Vortrag im „Roten Salon“ in Berlin-Spandau am 5.1.2009

ENERGIE

Viva la Revolución Energética. Kuba hat in zwei kurzen Jahren alle Länder in Sinne von Energieeffizienz überholt

Laurie Guevara-Stone

Welche Nation ist die nachhaltigste in der Welt? Wenn man schätzt Schweden oder Dänemark oder vielleicht Norwegen, läge man falsch. Der World Wildlife Fund (WWF) hat hingegen Kuba zu dem einzigen Land erklärt, das einen Zustand der nachhaltigen Entwicklung nahezu erreicht. Der Schlüssel zu diesem Erfolg ist das vor zwei Jahren gestartete Programm zur Energieeffizienz, die Revolución Energética.

Der WWF Living Planets Report 2006 bewertet nachhaltige Entwicklung auf der Basis des United Nations Development Programm (UNDP) Human Development Index (HDI) und dem ökologischem Fußabdruck. Der Index kalkuliert Lebenserwartung, Alphabetismus und Bildung sowie Pro-Kopf-BIP. Das UNDP sieht hierbei einen Indexwert von mehr als 0,8 als hohen menschlichen Entwicklungsstand an. Nach dem ökologischen Fußabdruck gilt ein Bio-sphärenverbrauch von 1,8 globalen Hektar pro Person oder weniger als nachhaltig. Das einzige Land auf der Erde, dass beide Indikatoren erreicht, ist Kuba.

Lediglich einige Jahre vorher war Kubas Energiesituation katastrophal. Die kommunistische Nation von 11 Millionen Menschen betrieb 11 große, ineffiziente thermo-elektrische Kraftwerke, die die Hälfte ihrer Zeit still standen. Es gab periodische Stromausfälle und hohe Transmissionsverluste. Zu der Krise gesellten sich ineffiziente Haushaltsgeräte, 75 % der Bevölkerung kochten mit Kerosin, und die häuslichen Stromtarife ermutigten nicht zur Konservierung.

In 2004 wurde Kuba von einer Serie von Hurrikanen überrollt, die mehr als 10 Millionen Kubaner ohne Strom für mehr als 10 Tage zurückließen. Angesichts eines antiquierten Systems, gewaltigen Stürmen, Peak Öl und Klimaveränderung realisierten die Kubaner, dass sie Energie zu einer Priorität erklären mussten. Daraufhin wurde das Programm Revolución Energética gestartet.

Heute, zwei Jahre später, konsumiert das Land 34 % weniger Kerosin, 37 % weniger Flüssiggas und 80% weniger Benzin. Kubas Pro-Kopf-Energieverbrauch ist ein Achtel dessen in den Vereinigten Staaten, während Kubaner ein Niveau in der Gesundheitsversorgung, Bildung und Lebenserwartung erreichen, das dem der USA nicht nachsteht.

Vor der Revolution in 1959 hatten etwa die Hälfte des Landes Zugang zu Elektrizität; in 1989 war diese Zahl auf 95 % gestiegen. Nach 1991 wurden allerdings Lebensmittel, Öl und Gas aufgrund des

Zusammenbruchs der Sowjetunion und der andauernden US-Blockade knapp. Diese Zeit wurde als „Special Period“ bekannt, da Kubaner damit umgehen lernen mussten, wie sie Lebensmittel, Medizin und Energie lokal und nachhaltiger herstellen konnten.

Kuba nahm daraufhin eine Initiative zum Einsparen von Energie und zur Nutzung von erneuerbaren Energien auf. Alle ländlichen Schulen, Gesundheitskliniken und sozialen Zentren, bislang ohne Elektrizität, wurden mit photovoltaischen Anlagen ausgestattet. Dies machte Licht, Computer und erzieherische TV Programme allen Studenten zugänglich. Das Programm wurde von den Vereinten Nationen 2001 mit dem Global-500-Preis ausgezeichnet.

Die Krise war allerdings auch nach 10 Jahren revolutionärer Anstrengungen noch nicht ausgestanden. Das Land unternahm in 2006 daraufhin weitere drastische Schritte. Kubas Energie-Revolution hat fünf Hauptaspekte: Energieeffizienz und Konservierung, Verbesserung der Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des nationalen Stromnetzes, Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien im staatlichen Energiemix, Steigerung der Erkundung und Produktion von lokalen Öl und Gasvorkommen und internationale Kooperation.

In einer Rede vor den kubanischen Energieversorgern erklärte der damalige Präsident Fidel Castro: „Wir warten nicht, bis Treibstoffe vom Himmel fallen, denn wir haben, glücklicherweise, etwas sehr viel Wesentlicheres entdeckt: die Energieeinsparung, was so viel Wert ist, wie große neue Vorkommen zu entdecken.“ Um seinen Energieverbrauch zu mindern, wechselte Kuba innerhalb von zwei Jahren zu energieeffizienteren Haushaltsgeräten. Innerhalb von nur zwei Jahren wurden fast zwei Millionen Ventilatoren, 182 000 Klimaanlageanlagen und 260 000 Wasserpumpen ausgetauscht. Klein-Neonlampen wurden kostenlos ausgegeben und nach sechs Monaten hatten sie nahezu 100 % der konventionellen Lichtquellen ersetzt. Zur selben Zeit wurden die Kubaner ermutigt, Kerosin zum Kochen zu ersetzen. Über 3,5 Millionen Reiskocher und 3 Millionen Dampfdruckkocher wurden seitdem verkauft.

Um mehr Einsparungen zu ermutigen, wurden die häuslichen Stromtarife umgestellt. Haushalte, die weniger als 100 kWh pro Monat verbrauchen, zahlen 0,09 Pesos pro Kilowatt. Für jede weitere 50 kWh pro Monat steigen die Raten dann sprunghaft. Verbraucher, die über 300 kWh pro Monat verbrauchen, müssen 1,30 Pesos pro Kilowattstunde zahlen.

Kubas nationales Energieprogramm, das 1997 umgesetzt wurde, vermittelt den Kubanern Wissen über Energieeinsparungsmaßnahmen und erneuerbaren Energien. „Wenn wir auf Energieeffizienz im Vorschulalter hinarbeiten, kreieren wir eine Lebensweise“, erklärt Teresa Palenzuela, Spezialistin bei dem kubanischen Energieeinsparungsprogramm.

Das Programm veranstaltete in den letzten drei Jahren Energie-Festivals, um Tausende im Bereich Energieeffizienz und Einsparung zu unterrichten. Die Festivals stützen sich auf Schüler, die Energieeffizienz in Musik, Literatur und Theater thematisieren. In jeder kubanischen Schule kommen diejenigen mit den besten Projekten zur Energieeffizienz weiter zu lokalen Wettbewerben. Die Besten gehen weiter zu regionalen und dann nationalen Wettbewerben. Die Bevölkerung besucht diese Festivals in Massen. „Diese Wettbewerbe sind für das ganze Land wichtig; sie motivieren Kinder, Schüler und die Öffentlichkeit, Energie auf allen Ebenen einzusparen“, sagt die 15 jährige Liliana Rodriguez Pena.

Die Medien tun das Übrige, um die Informationen zur Energieeffizienz zu verbreiten. Dutzende von Plakatwänden, die Energieeinsparungen fördern, sind über das Land verteilt; eine wöchentliche Fernsehshow ist dem Thema Energie gewidmet; Energieeffizienz und -einsparung erscheint regelmäßig in Zeitungen. Alleine in 2007 wurden 8 000 Artikel und Fernsehspots zu dem Thema veröffentlicht.

Allerdings waren auch in 2005 die Stromabschaltungen noch üblich, da das Elektrizitätsnetz veraltet und ineffizient war. Daraufhin begann Kuba die Energieerzeugung zu dezentralisieren und Elektrizität in kleineren Anlagen zu generieren. Kuba installierte in 2006 mehr als 1 800 Dieselgeneratoren und kleine ölgefeuerte Mikro-Kraftwerke, die heute 110 Gemeinden mit über 3 000 MW Strom beliefern. Dieser Wechsel beendete die Periode der zeitweiligen Stromabschaltungen. 2004 und 2005 gab es noch mehr als 400 Tage mit Stromverlusten von größer 100 MW für mehr als eine Stunde. 2006 sank die Zahl auf drei, in 2007 gab es keine.

Kuba initiierte auch einen beeindruckenden Plan zu Renovierung der alten Transmissionsleitungen. Über 120 000 Überlandmasten wurde erneuert, 3 000 Kilometer Kabel verlegt und 500 000 elektrische Zähler installiert. Das Resultat war die Reduktion der benötigten Ölmengen zur Elektrizitätserzeugung von 3 %, von 280 Gramm in 2005 auf 271 Gramm in 2007. Es wird geschätzt, dass Kuba in dieser Zeit etwa 827 000 Tonnen Öl durch diese Maßnahmen eingespart hat.

Kubas Anstrengungen, mehr erneuerbare Energien in das Energiemix zu integrieren, sind ebenfalls beeindruckend. Einhundert Windräder und zwei neue Windfarmen bringen die Windenergie auf 7,23 MW. Das Land entwickelt derzeit auch das erste netzgebundene Solarkraftwerk mit 100 kW.

„Wir brauchen eine globale Energierevolution“, sagt Mario Alberto Arrastia Avila, ein Energieexperte der Cubaenergia, einem Energieinformationszentrum. „Aber damit dies geschieht brauchen wir auch eine Revolution des Bewusstseins. Kuba hat einen Weg in Richtung eines neuen Energieparadigmas eingeschlagen, einschließlich von Konzepten zur Distribution, Effizienz, Bildung, Energie-Solidarität und dem schrittweisen Umbau des Landes auf Solarenergie.“

Quelle: Alternatives Journal 34.:6 (2008): S.22 – 24 (www.solarenergy.org/resources/docs/Alternatives34n5_6LG-Stone.pdf)

Laurie Gueyara-Stone ist Programmdirektor bei der Solar Energy International in Carbondale, Colorado (USA), einer Non-Profit-Organisation, die sich der Verbreitung der Technologien für erneuerbare Energien verschrieben hat (www.solarenergy.org) Übersetzung aus dem Eng.: Stefan Seum Stefan Seum ist Wissenschaftler am Öko-Institut in Berlin.

Die Sonne schickt keine Rechnung. Baubeginn in Ostdeutschlands erster Solarkommune Viernau

Gerd Dolge

Die 2100-Seelen-Gemeinde Viernau am Südwesthang des Thüringer Waldes darf seit 2001 als erste Gemeinde in Ostdeutschland den von der Stiftung Deutsche Umwelthilfe vergebenen Titel „Solarkommune“ tragen. In dem zwischen Oberhof, Zella-Mehlis und Meiningen gelegenen Ort werden bisher 17 Photovoltaikanlagen mit einer Spitzenleistung von circa 160 Kilowatt betrieben.

„Nein, zufrieden bin ich noch nicht“, erklärte Manfred Hellmann, während vor ihm die letzten der 3200 Anker in den Hang getrieben wurden. Auf einem Gelände von 4,5 Hektar werden jetzt Trägersysteme für 14 000 Dünnschicht-Solarmodule à 115 Watt montiert, die Ende Juni aus dem ersten Solarpark Thüringens Strom ins Netz einspeisen sollen. Eine Erfolgsgeschichte der Gemeinde Viernau, die maßgeblich einem Mann zuzuschreiben ist – Bürgermeister Manfred Hellmann.

Der Benschhäuser Berg am Ortseingang von Viernau hat idealerweise „360 Grad Sonne“. Aber Hellmann ist überzeugt, „jede Gemeinde verfügt über solch einen Hang mit drei bis vier Hektar Ackerfläche, die sie mit Solaranlagen oder Windkraftanlagen belegen kann.“

Die Vorzüge sind beim Solarpark unbestritten – kein CO₂-Ausstoß, Unabhängigkeit von Kohle, Erdöl und Erdgas. Genauso wichtig aber sei, wie Hellmann gern argumentiert, „dass die Sonne keine Rechnung schickt“. Eigentlich hieß das Ziel „Kommunaler Regiebetrieb“. Der sollte mittels Kredit die Investition von 6,8 Millionen Euro umsetzen. Bei einer Energieeinspeisung der 1,62 Megawatt Spitzenleistung (MWpeak) und 31,94 Cent Einspeiseerlös pro Kilowattstunde ergäbe das 625 000 Euro Betriebsergebnis. „Davon könnten wir rund 100 000 Euro für die Kommune verwenden, also ebenso viel wie Viernau in diesem Jahr einmalig durch das Konjunkturpaket II erhält, und mit den restlichen 525 000 Euro könnten

wir über eine Laufzeit von 20 Jahren den Kredit abzahlen.

Aber die Kreditaufnahme wurde der Gemeinde verweigert, auch wenn Linkspartei-Bürgermeister Hellmann vom Landratsamt Schmalkalden-Meinungen über das Thüringer Landesverwaltungsamt bis zum Ministerpräsidenten mit Zahlen, Fakten und unabhängigen Gutachten, die die Wirtschaftlichkeit des Projektes bestätigten, für sein einmaliges Projekt geworben hat. „Beamte müssen wirklich nicht von allem Ahnung haben, aber sie sollten doch wenigstens unabhängigen Gutachten vertrauen und ihrem eigenen Verstand, wenn die Zahlen und Fakten stimmen“, schüttelt Hellmann noch heute den Kopf über so viel Ignoranz. Ergebnis der Ablehnung ist, dass nicht die Gemeinde die Solaranlage errichten und betreiben wird. Die Vorarbeiten leistet die Europlanungsgesellschaft Leipzig. Betreiber wird die Solarpark Rodenäs GmbH nahe der dänischen Grenze sein.

Eine Vision hat Manfred Hellmann noch – der Solarpark als kommunale Tankstelle für Elektroautos. „In vier, fünf Jahren sind wir soweit“, ist Hellmann überzeugt.

Quelle: Neues Deutschland, 25.5.2009, S. 10

LINKE sieht viele Chancen bei der Rekommunalisierung der Stadtwerke

Wolfgang Huste, Marion Morassi

Im Kreis Ahrweiler strebt DIE LINKE - wie in vielen anderen Städten und Kreisen auch - die Rekommunalisierung der derzeit noch in privater Hand befindlichen Energieversorgung an. (Im Kreis Ahrweiler läuft noch in diesem Jahr der Konzessionsvertrag mit der RWE aus; in den meisten anderen Kreisen/Städten bekanntlich erst im Jahr 2010 bzw. 2014.) „Favoriten“ für eine Zusammenarbeit sind - im Kreis Ahrweiler - derzeit die Stadtwerke Bonn und Braunschweig BS Energy. Die Kommunen wollen sich die Rückkaufkosten für die Stromnetze mit den zukünftigen Partnern teilen, wobei die beteiligten Kommunen immer den Mehrheitsanteil besitzen sollen. Zur Zeit ist man mit fünf verschiedenen Anbietern in Verhandlung. Es wird wohl auf die Stadtwerke Bonn hinauslaufen, wegen der kurzen Wege und weil die Bonner schon mit anderen Leistungen im Ahrkreis vertreten sind. Die klassische Frage der BürgerInnen: „Wie soll das bezahlt werden?“ beantwortet Wolfgang Huste, OV DIE LINKE Bad Neuenahr, wie folgt: „Der Kreis Ahrweiler kann recht genau eruieren - andere Kreise/Städte/Gemeinden natürlich auch! -, wie hoch der Energiebedarf der im jeweiligen Kreis lebenden BürgerInnen ist. Die einzelnen Haushalte und deren Energiebedarf sind ja seit Jahren recht genau bekannt. Demnach kann auch recht

exakt benannt werden, mit welchen fixen Einnahmen der Kreis Ahrweiler, die einzelnen Kommunen, rechnen können. Nun können der Kreis bzw. die einzelnen Gemeinden selbst entscheiden, ob sie in Form von ‚Ratenzahlungen‘ die Rekommunalisierung der jeweiligen Netze finanzieren, oder durch einen langfristigen Kredit. Bekanntlich erhalten Kommunen günstige Sonderkredite, die von der Mehrwertsteuer befreit sind. Die regionalen Stadtparkassen und Volksbanken unterstützen die Rekommunalisierung, wie sie auf der letzten Ökologie-Messe in Heimersheim, Bad Neuenahr, öffentlich bekanntgaben. Sie sind durchaus bereit, günstige Kredite zu gewähren, weil sie ein ureigenes Interesse daran haben, dass das Geld in der Region bleibt“, so Wolfgang Huste, zur Zeit noch Pressesprecher Ökologischen Plattform NRW. Weitere Optionen aus Sicht der Partei DIE LINKE Bad Neuenahr: Die Gemeinden im Kreis Ahrweiler und die Stadt Bonn oder andere interessierte Städte und Gemeinden aus der Region schließen sich zusammen und übernehmen gemeinsam die entsprechenden Stromnetze. Auf Dauer gesehen kommt das den BürgerInnen finanziell deutlich günstiger, da ja zusätzlich das Motiv „Profiterwirtschaftung“ wegfällt. Marion Morassi, OV DIE LINKE Bad Neuenahr: „Bekanntlich ist eine Kommune nicht dazu da, um Profite zu erwirtschaften, sondern um die Bedürfnisse der BürgerInnen - nicht nur auf dem Energiesektor - zu decken. Das ist hier und da völlig in Vergessenheit geraten!“ Falls dennoch ein ‚Überschuss‘ erwirtschaftet wird, so soll dieser direkt oder indirekt den BürgerInnen zugute kommen!“ „Dann“ - so ergänzt Huste – „haben die Kreise, Kommunen und Städte einen direkten Einfluss auf die Preisgestaltung des jeweiligen Energielieferanten. Alles andere stellt eine freiwillige Selbstenteignung der Kommunen dar und wird deshalb von uns strikt abgelehnt!“ Eine weitere Option aus Sicht der Linken ist eine Bürgerenergiegenossenschaft - das heißt, die BürgerInnen bilden eine Energiegenossenschaft mit dem allgemeinen Ziel, sich von den großen Konzernen weitestgehend unabhängig zu machen. Eine Bürgerenergiegenossenschaft kann und soll weit über die eigene Gemeinde-Kreis-Ebene synergistisch mit ähnlichen Initiativen zusammenarbeiten, auch und gerade mit örtlichen und regionalen Umweltschutzorganisationen. Der größte Teil der Energie im Kreis Ahrweiler soll aus der Sicht der Partei DIE LINKE aus Wind-, Wasser-, Geothermie- und Blockheizkraftwerken, aber auch durch Methanogasanlagen (Biogasanlagen), Fotovoltaik und Solarthermie gewonnen werden. Es kommt von Seiten der anderen Parteien (mit Ausnahme der GRÜNEN) der Einwurf, so Marion Morassi, dass die BürgerInnen nicht so sehr auf ökologische, sondern weit eher auf finanzielle Dinge achten werden. Kurz gesagt: Der Preis muss stimmen, er soll also möglichst niedrig sein. Unser Gegenargument: Die erneuerbaren Energien sind besonders wirtschaftlich und gleichzeitig auch ökologisch. Auch die Folgekosten fallen deutlich geringer aus als bei den herkömmlichen Energielieferanten, denen eine „Gesamtbilanzierung“ der anfallenden Kosten völlig fremd sind. (Bekannt-

lich verursachen Braun- und Steinkohlekraftwerke mannigfache Krankheiten, die wiederum verursachen Kosten im Gesundheitswesen, das führt zu höheren Krankenkassenbeiträgen und so fort.) Tatsache ist, dass man allein durch die Anwendung der Geothermie sämtliche Haushalte in Deutschland mit Wärme versorgen kann, und das über Millionen (!) von Jahren! Diese Zahl steht auch so explizit in offiziellen Werbeschriften zum Thema ‚Erneuerbare Energien‘ der Bundesregierung. Man schätzt, dass die Wärmegewinnung durch die Geothermietechnik etwa noch für 30 Millionen Jahre reicht! Wissenschaftler vermuten, dass im Erdkern eine Temperatur von rund 6000 °C herrscht! Das ist ein ungeheures Energiepotential, das wir Menschen natürlich nur ansatzweise nutzen können, da die Bohrungen bei der Tiefengeothermie nicht über 1000 Meter hinausgehen. Spätestens seit der Greenpeace-Studie vom September 2008 wissen wir, dass die Behauptung, wir hätten etwa ab der Mitte des kommenden Jahrzehntes eine „Stromlücke“, ein bewusst gelenkter Mythos der Energieoligopole und deren hochbezahlten Lobbyisten ist. Ganz im Gegenteil: In vielen Regionen ist ein Energieüberschuss nachweisbar, es ist also genügend Energie vorhanden, um alle Haushalte - nebst dem industriellen Sektor - ausreichend mit Energie zu versorgen. Diese Tatsache möchte DIE LINKE offensiv in der Bevölkerung verbreiten! Huste und Morassi im Einklang: „Wir sind eindeutig ‚Pro Erneuerbarer Energien‘ und für die Rekommunalisierung der privatisierten Stadtwerke beziehungsweise der Stromnetze!“

*Wolfgang Huste, OV DIE LINKE Bad Neuenahr-OT Ehligen, Im Backesgarten 10, zzt. amtierender Pressesprecher der Ökologischen Plattform NRW
Marion Morassi, OV DIE LINKE Bad Neuenahr-OT Heimersheim, Tel. 0151 51045682*

Den Castor stoppen? Yes, we can!

Dieter Vogel

Über 16 000 Atomkraftgegner demonstrierten am Samstag, den 8. November 2008, in Gorleben gegen den diesjährigen Castor-Transport, der zeitgleich an der französisch-deutschen Grenze eine „Zwangspause“ einlegte, die schlussendlich über 12 Stunden dauerte. Drei Frauen und Männer hatten ihre Arme in einem unter den Bahnschwellen versteckten massiven Block befestigt. Diese Meldung sorgte entsprechend für großen Beifall vor den Toren des Zwischenlagers im Wendland. „Yes, we can!“ – der Slogan aus Obamas Wahlkampf – wurde auch zur Devise der Castor-GegnerInnen.

Der Protest richtete sich auch gegen die verantwortungslose Absicht, Gorleben als Endlager festzuschreiben, wie dies nach Willen der CDU-RegierungspolitikerInnen in Hannover und Berlin ge-

schehen soll. Bundesumweltminister Siegmund Gabriel (SPD) dagegen möchte die geologischen Zweifel erneut prüfen lassen, die von CDU/CSU ignoriert werden. Laut Regierungserklärung vom 11. November 2005 will man in Berlin noch in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung kommen. Die seit 1977 in die Forschung investierten 1,5 Mrd. Euro will die Union dabei ungern in den Sand gesetzt sehen. Ob das Deckgebirge des Gorlebener Schachtes hält oder nicht, scheint dabei egal zu sein.

Die französische Kletter-Aktivistin Cécile Lecomte, die bereits mehrere Atommülltransporte zum Stoppen brachte, wurde am 6. November festgenommen. Sie hatte sich bei Lüneburg von einer Brücke abgeseilt, um gemeinsam mit anderen Robin-Wood-Kletterern gegen den bevorstehenden Castor-Transport zu protestieren. Während ihre GefährtInnen wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, wurde Cécile in „Unterbindungsgewahrsam“ genommen und musste bis Sonntagabend ausharren. Zahlreiche Proteste bewirkten ein Verkürzen der rechtswidrigen Haftzeit, die zunächst bis Montagabend angesetzt war.

Der Ansturm zur Anti-Atom-Demonstration in Gorleben nahm Ausmaße wie zuletzt im Jahr 2001 an, als mehr als 10 000 Menschen gegen die Atomtransporte in das Elbdorf kamen und für den Atomausstieg auf die Straße gingen. Die Forderung der Demonstranten ist klar: Der Atomausstieg darf nicht auf die lange Bank geschoben werden, Gorleben als nukleares Endlager ist nach den Ereignissen in der Asse und Morsleben nun endgültig „verbrannt“. Unter den Demonstranten war erstmals auch die niedersächsische Landtagsabgeordnete Christel Wegner (DKP), die sich sichtlich begeistert von dem bunten Treiben und dem beherzten Engagement der wendländischen Landwirte zeigte.

Erstmalig war auch die IG Metall prominent vertreten. Das Engagement der Kolleginnen und Kollegen gegen den Schacht Konrad bei Salzgitter führte sie nun auch nach Gorleben. Auf der Abschlusskundgebung sprach Hartmut Meine, Bezirksleiter der IG Metall Niedersachsen/Sachsen-Anhalt. Er geißelte die Atomkraft als veraltete, rückwärtsgewandte Technologie. Es reiche nicht aus, sich gegen die Atommülldeponien zu wehren. Den Energiekonzernen schrieb er ins Stammbuch: „Ich rufe den Herren in den Chefetagen zu, zieht euch warm an, wenn die Anti-Atomkraftbewegung und die Gewerkschaften gemeinsam handeln, ... wird es verdammt ungemütlich für euch.“ Im Wahljahr 2009 dürfe Schwarz-Gelb keine Chance bekommen, sagte Meine in Anspielung auf die schwarz-gelben Atommüllfässer. Er verschwieg oder vergaß dabei, dass auch unter Rot-Grün Castor-Transporte nach Gorleben mit analoger Polizeigewalt durchgeprügelt wurden.

Die Umweltverbände unterstützen die Forderungen der Gorleben-GegnerInnen unmissverständlich. Für den BUND erinnerte Renate Backhaus an die Kinderkrebsstudie. Eine 2008 veröffentlichte Qualitätsprüfung der Studie bewertete den kausalen Zusammenhang neu. „Danach können die radioaktiven Emissionen aus den Atomanlagen als Erklärung für

das erhöhte Krebsrisiko bei Säuglingen und Kleinkindern in ihrer Nähe nicht ausgeschlossen werden. Sie stellen im Gegenteil die bislang plausibelste Erklärung dar.“ Backhaus plädiert für den Atomausstieg von unten: Protest auf der Straße und den Anbieterwechsel, weg vom Atom- und hin zum Ökostrom.

Kurt Herzog, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag, hat Strafantrag gegen die Hersteller der Atommüllbehälter TN 85 und die Genehmigungsbehörden gestellt. Es ist bekannt geworden, dass die französischen Behälter deutlich höhere Strahlung emittieren, als die bisher verwendeten. Der neue, deutsche Behältertyp HAW 28 M wurde bisher noch nicht zugelassen und soll erst 2010 zum Einsatz kommen. Am Sonntagmorgen hatte Greenpeace den Zug an der französischen Grenze mit einer Wärmebildkamera fotografiert und wies damit eine deutlich höhere Wärmeentwicklung als in den vergangenen Jahren nach. „Der Konvoi darf nicht auf die Straße“, forderte ein Sprecher der BL Lüchow-Dannenberg e. V. Es sei unverantwortlich, dass PolizistInnen wie auch Demonstranten einer solchen Gefahr ausgesetzt werden. Die von den Behältern ausgehende Neutronenstrahlung ist laut Greenpeace-Messungen noch in 14 Metern Entfernung mit 4,8 Mikrosievert pro Stunde mehr als 500-mal höher als die zuvor gemessene Hintergrundstrahlung durch Neutronen.

Unterdessen organisierte die Polizeidirektion Lüneburg einen Begleitservice für sogenannte „Castor-Fachbesucher“, wie die Landeszeitung Lüneburg in ihrer Wochenendausgabe vom 1./2. November meldete. Neben „hohen Beamten aus mehreren Bundesländern“ waren auch „Polizeidelegationen aus Kroatien, Ungarn und der Schweiz“ gekommen, die sich „vor Ort ein Bild vom Einsatz machen, um daraus Erkenntnisse für ähnliche Großlagen in ihrer Heimat zu gewinnen.“ Außerdem waren auf Einladung des niedersächsischen Innenministeriums 24 Abgeordnete aus allen fünf Landtagsfraktionen mit von der Partie. „Sie sollen und wollen gewappnet sein, falls das Geschehen rund um Gorleben ein parlamentarisches Nachspiel auslöst.“ Eine zehnköpfige Gruppe „Betreuung und Information von Gästen“ (BIG) kümmerte sich um die Besucher, vermittelte Hotelunterkünfte, sorgte für Verpflegung aus der Feldküche und fuhr die Beobachter in drei zivilen Kleinbussen zu den „Brennpunkten des Einsatzes“.

Die Kosten hierfür trägt bekanntlich der Steuerzahler, der nach Sinn und Nutzen dieses „Services“ ebensowenig nach seiner Meinung gefragt wird, wie beim eigentlichen Corpus delicti, bei der Einlagerung atomaren Sondermülls in dem einer Tropfsteinhöhle gleichenden Salzstock in Gorleben. Die elf Castor-Behälter sind nach zahlreichen Blockaden mit deutlicher Verspätung erst am Dienstagmorgen im Zwischenlager Gorleben eingetroffen. Es war der bisher längste Castor-Transport. Nun werden dort noch weitere sechs Transporte erwartet. Mittlerweile stehen 91 Behälter in der „Kartoffelhalle“. Neben den noch 22 Behältern aus La Hague in den Jahren 2010 und 2011 werden voraussichtlich zwi-

schen 2014 und 2017 in vier Transporten weitere 22 Behälter aus dem britischen Sellafield geliefert.

Quelle:

Teile des Beitrages erschienen bereits in der UZ am 7. bzw. 14. November 2008 und wurden in den Mitteilungen der Kommunistischen Plattform 2/2009 abgedruckt.

Mal richtig abschalten!

Aufruf zur bundesweiten Demo gegen Atomenergie am 5. September 2009 in Berlin

Atomkraft – Nein Danke!

Anti-Atom-Treck Gorleben Berlin: 30. Aug. – 5. Sept. 2009. Großdemo Berlin: 5. Sept. 2009

Die vier großen Stromkonzerne Eon, RWE, Vattenfall und EnBW wollen nach der Bundestagswahl den Weiterbetrieb der gefährlichen und unfallträchtigen Atomkraftwerke durchsetzen. Gorleben soll trotz bekannter Sicherheitsrisiken als Standort für die Lagerung des hochaktiven Mülls genehmigt werden.

Die Stromkonzerne blockieren den Atomausstieg: Die drei AKWs Brunsbüttel, Biblis A und Neckarwestheim 1 hätten noch vor den Wahlen endgültig stillgelegt werden müssen.

Wir lassen nicht zu, dass die Atomkonzerne aus ihrer Profitgier unsere Zukunft aufs Spiel setzen.

Wir wollen raus aus der Atomkraft!

Es ist an der Zeit.

Zeit, klar und deutlich festzustellen: Harrisburg, Tschernobyl und die beinahe Katastrophen an Brunsbüttel, Forsmark, Biblis und anderen Atomkraftwerken machen klar: Die Risiken durch den Betrieb der AKWs sind unverantwortlich und gefährden unser Leben.

Zeit zu sagen: Das Atommüllproblem ist nach wie vor ungelöst. Asse und Morsleben zeigen: Sichere Endlager gibt es nur in Hochglanz-Infostellen. Deshalb: Nein zu Gorleben und Schacht Konrad.

Zeit zu sagen: Strom aus AKWs ist teuer, denn wir zahlen dreifach: für unnütze Forschung, für den Strom und für die gescheiterte Entsorgung. Und bei den Konzernen klingeln die Kassen.

Zeit zu sagen: Der weitere Betrieb der AKWs hilft dem Klimaschutz nicht und blockiert den massiven Ausbau der erneuerbaren Energie. Erneuerbare Energien funktionieren und schaffen Arbeitsplätze!

Höchste Zeit auf die Straße zu gehen

Manche fordern aus gutem Grund die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Denn jeder Tag kann einer zu viel sein. Andere wollen zumindest Laufzeitverlängerungen verhindern, damit ein schrittweiser Ausstieg aus der Atomenergie umgesetzt wird. Es wird entscheidend von uns abhängen, wie sich die Parteien nach der Bundestagswahl zur Atomenergie verhalten.

Deshalb: Unterstützt den Gorleben-Treck und kommt am 5. September zur Demo nach Berlin!

Organisationsbüro: Rsoenstr. 20, 29439 Lüchowm, 05841-961500, buero@anti-atom-treck.de

Spendenkonto: BI Lüchow-Dannenberg e. V., Konto Nr.: 46 766 302, BLZ: 430 609 67, GLS Gemeinschaftsbank eG

Trägerkreis: Bäuerliche Notgemeinschaft, BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, AG Schacht Konrad, .ausgestrahlt, BUND, Campact, Robin Wood

Quelle:

www.anti-atom-treck.de

KLIMA

Die Ausnahmen sind System: Das Drama der Weltklimakonferenzen

Hermann Scheer

Ende 2007 gab es die 15. Weltklimakonferenz in Bali: Ein neuer Anlauf für ein Kyoto II-Abkommen wurde versprochen. Nunmehr sollten alle Länder in den Verpflichtungsrahmen zur Minderung der Treibhausgase einbezogen werden. Die Abgesandte von US-Präsident Bush musste ein Scherbengericht über sich ergehen lassen. Das Leitwort von der „carbon free-economy“ machte die Runde. Das Präludium für alles war zuvor, im Frühsommer 2007 auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm, die Vereinbarung der führenden Industrieländer, den Anstieg des CO₂ in der Erdatmosphäre auf zwei Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Die Signale wurden gestellt für die nächste Konferenz im Dezember 2008 in Poznań.

Doch so hoffnungsvoll wie es klang war das alles nicht. Die Erwärmungsobergrenze von 2 Grad Celsius ist alles andere als beruhigend, wenn man bedenkt, dass die jetzt bestehende globale Erwärmung von 0,7 Grad bereits schwerwiegende Klimaschäden zur Folge hat. Und das Stichwort der „carbon free-economy“ ist auch höchst ambivalent, wenn man das Kleingedruckte der Bali-Konferenz liest: Auch Atomkraft oder die höchst problematischen „Clean-Coal“-Kraftwerke fallen unter diese Kategorie. Und hochtönende Absichtserklärungen wie die von Bali sind noch kein neuer Vertrag, wie sich bisher stets zeigte. In Poznań wurde das unter Beweis gestellt. Es ging hier vielen Regierungen um Ausnahmeregelungen für sich, die sie aufgrund ihrer jeweils gesonderten wirtschaftlichen Lage, unterschiedlicher Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern oder mangelnder technologisch-industrieller Kapazitäten für Energieeffizienz und erneuerbare Energien reklamierten. Die EU-Länder, die sich als Zugpferd für globalen Klima-

schutz etikettiert haben, gingen hierbei mit schlechtem Beispiel mit.

Das alles ist nur ein kleiner Vorgeschmack auf das, was Ende 2009 in Kopenhagen droht – also bei der nächsten Weltklimakonferenz, auf der man sich ein Kyoto-II-Abkommen vorgenommen hat. Ausnahmeforderungen werden höchstwahrscheinlich inflationäre Züge annehmen. Was den reichen Industrieländern recht werden soll, wird anderen billig sein. Um den für einen völkerrechtlich wirksamen Vertrag notwendigen breiten Konsens zu erzielen, wird es zahlreiche Entgegenkommen auf dem Verhandlungsbasar geben. Am Ende steht dann voraussichtlich ein verwässertes und komplexes Produkt, das zahlreiche Umgehungsmöglichkeiten enthält. Damit diesem Grenzen gesetzt werden, werden kontrollierende Mechanismen und Verrechnungsregeln eingebaut, die den aktiven Klimaschutz nolens volens bürokratisieren. Deshalb ist die Voraussage nicht schwer, dass ein Kyoto-II-Abkommen - sollte es zustande kommen – weit unter den gehegten Erwartungen und weit hinter den tatsächlichen Erfordernissen bleibt.

Das alle ist konzeptbedingt und deshalb nicht heilbar. Es ist ein Trugschluss, für Maßnahmen zum Klimaschutz der gesamten Staatenwelt ein Instrumentarium installieren zu wollen: das der „flexiblen Instrumente“, bestehend aus grenzüberschreitenden, handelbaren Emissionsrechten und internationalen Verrechnungsmöglichkeiten – ob für Staaten oder Unternehmen. Ein solches System funktioniert nur in der Theorie, tatsächlich ist es wirklichkeitsfremd.

Die Theorie baut auf der Annahme auf, dass dadurch Investitionen zum Klimaschutz von den jeweils dazu Verpflichteten dahin gelenkt werden könnten, wo sie für diese am kostengünstigsten wären. Sie unterstellt eine Rationalität, die es auch in der Wirtschaft nicht gibt. Sie übersieht, dass Preisbildungen von vielen anderen Faktoren mit abhängen, u. a. von der Frage, wie sehr Energieangebote monopolisiert sind. Sie ignoriert damit Strukturen, gegenläufige Interessen und vor allem das Anrecht betroffener Menschen, dass Investitionen zum Klimaschutz nicht zuletzt dort stattfinden, wo die Menschen auch leben und die unmittelbaren Vor-Ort-Belastungen nicht hinnehmen wollen. Hinzu kommt, dass es für Ausnahmen oftmals nachvollziehbare volkswirtschaftliche Gründe gibt, etwa die Erhaltung eines Industriestandorts. Eine Lösung dieses Dilemmas ist nur möglich, wenn endlich die Lehren aus den bisherigen Erfahrungen gezogen werden, indem auf ein einheitlich geregeltes globales Instrumentarium – also die sogenannten „flexiblen Instrumente“ – verzichtet wird. Das heißt: Ein unbedingtes Ja zu konkreten nationalen und vertraglich fixierten Verpflichtungen, die Emissionen zu reduzieren. Aber die Frage, wie das geschehen soll, muss den einzelnen Staaten selbst überlassen bleiben, ohne grenzüberschreitende Ausflüchte. Dann können sie flexibel handeln. Dann gibt es einen „Wettbewerb“ um intelligente Ansätze. Dann werden globale Minimalverpflichtungen nicht zur Obergrenze für alle. Der schlagende Beleg dafür ist das deutsche Erneuerbare-Energie-Gesetz:

Es hat in Deutschland viel mehr bewirkt als der ganze Emissionshandel, und das zu niedrigen Kosten.

Quelle: Solarzeitalter 4/2008, S. 1 – 2
http://eurosolar.de/de/images/stories/pdf/SZA_4_2008_editorial.pdf*

Hermann Scheer ist Präsident von Eurosolar und Mitglied des Bundestages für die SPD. Zuletzt veröffentlichte er den Band „Energieautonomie. Eine neue Politik für erneuerbare Energien.“

CO₂-Absorptionsfähigkeit warmer Ozeane sinkt rapide

Redaktion Schattenblick

Erderwärmung schwächt CO₂-Aufnahmefähigkeit der Meere durch Phytoplankton. Kieler Forscher entdecken Effekt, der eine Beschleunigung des Klimawandels bedeuten könnte.

Deutsche Meeresforscher haben in groß angelegten Experimenten festgestellt, dass die Fähigkeit der Ozeane, atmosphärisches Kohlendioxid aufzunehmen und zu speichern, wahrscheinlich sinken wird, wenn die Wassertemperaturen steigen. Damit befinden sich die Forscher auf der Spur eines komplexen Rückkopplungseffekts: Durch die zunehmenden Emissionen des anthropogenen Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) erwärmt sich die Erde. 25 bis 30 Prozent dieses Kohlendioxids wurden bislang von den Meeren absorbiert (ohne diese Eigenschaft wäre die Erde heute noch wärmer). Doch mit der Erwärmung sinkt gleichzeitig die Eigenschaft der Meere, CO₂ zu absorbieren. In der Folge steigen die Temperaturen beschleunigt an.

Eine zuverlässige Abschätzung, welche genauen Folgen dieser Effekt für die Klimaentwicklung im Laufe dieses Jahrhunderts hat, ist zur Zeit, da die Forschung noch am Anfang steht, kaum möglich. Dennoch bleibt festzustellen, dass Wissenschaftler vor einiger Zeit in situ gemessen haben, dass die CO₂-Aufnahmefähigkeit des Meeresgebiets vor der Westküste Japans dramatisch nachließ. Beide Studien zusammengenommen verdichten das Bild, dass die bisher verwendeten Klimasimulationsmodelle bestenfalls einen ungefähren Eindruck von dem gegenwärtigen Trend der Erdgeschichte erlauben.

Wissenschaftler des Kieler Leibniz-Instituts für Meereswissenschaften (IFM-GEOMAR) sind in Zusammenarbeit mit ihren Kollegen vom Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung in Bremerhaven und des Instituts für Ostseeforschung in Warnemünde der Frage nachgegangen, welchen Einfluss die Erwärmung der Meere auf das Phytoplankton als einer von mehreren Faktoren des Kohlenstoffkreislaufs hat.

In acht Kunststoffbecken mit je 1400 Liter Fassungsvermögen wurden natürliche Planktongemeinschaften unterschiedlichen Temperaturen ausgesetzt. Dabei haben sich die Forscher an den Prognosen des Weltklimarates IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) bis zum Jahr 2100 orientiert [1] Nachgestellt wurde die sogenannte Frühjahrsblüte des Planktons. Es ist bekannt, dass sich die biologischen Stoffwechselraten im Frühjahr beschleunigen. Dies wurde durch die Simulationen in den Experimentierbecken bestätigt. Aber dann stellten die Forscher laut dem Leiter der GEOMAR-Studie, Professor Ulf Riebesell, fest, dass bei höheren Temperaturen „bis zu einem Drittel weniger CO₂ vom Plankton aufgenommen“ wurde, was „zu einer Schwächung der biologischen Kohlenstoffpumpe führen“ könne.

Die Forscher fanden auch den Mechanismus dieses Effekts heraus. Demnach nimmt die Photosyntheseleistung des Phytoplanktons bei der Erwärmung des Wassers nur geringfügig zu, während jedoch gleichzeitig Bakterien den Abbau der pflanzlichen Biomasse intensivieren. Aufgrund dieser Zersetzung verbleibt ein größerer Anteil der pflanzlichen Biomasse in den oberflächennahen Wasserschichten. Die werden schneller gesättigt und können weniger CO₂ aus der Atmosphäre aufnehmen. Umgekehrt wird der bakteriologische Abbau der Biomasse in kälteren Umgebungen reduziert, so dass genügend Zeit bleibt, dass das abgestorbene Plankton und mit ihm der beim Pflanzenwachstum gebundene Kohlenstoff zum Ozeanboden absinkt und dort - so der bisherige Stand der Wissenschaft - dauerhaft verbleibt. Zusammenfassend bedeutet das Forschungsergebnis, dass die Erderwärmung die Fähigkeit der Ozeane, das Treibhausgas Kohlendioxid zu binden und der Atmosphäre dauerhaft zu entziehen, schwindet.

Diese Studie steht thematisch in einem Kontext mit anderen Arbeiten internationaler Meeresforscher. So fand man heraus, dass die Meere versauern, wenn sie wärmer werden. Der höhere Säuregehalt greift jedoch alle Organismen an, die Kalkschalen bilden, und lässt sie absterben. Dergestalt lebensarme Meere binden ebenfalls weniger Kohlendioxid aus der Luft. Und im Dezember 2008 berichteten Kitack Lee und Geun-Ha Park von der Pohang Universität für Wissenschaft und Technologie in Südkorea sowie Pavel Tishchenko vom Russischen Pazifischen Ozeanologischen Institut in Wladiwostok in den „Geophysical Research Letters“ über eine bemerkenswerte Beobachtung [2]

Demnach hat die Meereszirkulation, die einen Austausch von tieferen, CO₂-aufnahmefähigen Schichten zu den oberflächennahen, CO₂-gesättigten Schichten bewirkt, seit 1992 dramatisch nachgelassen. Nahezu das gesamte von Menschen erzeugte Kohlendioxid war an die obersten 300 Meter des Meeres gebunden. Es fand also fast kein Austausch zwischen dieser Region und tieferen Schichten statt. Das könnte jedoch bedeuten, dass die CO₂-Aufnahmekapazität jenes Meeresgebiets nahezu ausgeschöpft ist. Gelte für andere Meere Ähnliches, würde der Atmosphäre deutlich weniger Kohlendi-

oxid entzogen als in den gängigen Klimamodellen berechnet.

Bei dem Versuch, die Bedeutung der verschiedenen wissenschaftlichen Arbeiten einzuschätzen, ist zu bedenken, dass die von Forschern beobachteten Einzelvorgänge nicht losgelöst voneinander ablaufen. Rasche bakteriologische Zersetzung der Biomasse in wärmeren Meeren, Versauerung der Ozeane und zumindest regionale Stabilität der Meeresschichten könnten zusammengreifen und sich gegenseitig verstärken.

Es hat den Anschein, als stünde der Planet an der Schwelle zu einer hochdynamischen Entwicklung, die sein Antlitz vollkommen verwandelt. Wieder einmal, muss man sagen, nur dass in diesem Fall die Spezies Mensch Einfluss ausübt. Geologen wissen, dass Organismen im Laufe der Erdgeschichte mehrmals grundstürzende klimatische Veränderungen ausgelöst haben. Ohne diese Vorgänge, welche die heutige, chemisch gesehen aggressive Atmosphäre, die einen Sauerstoffanteil von 20 bis 21 Prozent aufweist, hervorgebracht haben, gäbe es uns Menschen nicht. Allein aus der Beobachtung der wechselvollen Geschichte der irdischen Atmosphärenzusammensetzung, die mal einen deutlichen höheren, mal einen niedrigeren Sauerstoffanteil besaß, lässt sich schlussfolgern, dass es einer einzigen Spezies durchaus gelingen kann, seine eigenen Lebensvoraussetzungen zu zerstören. Das ist allerdings keine beneidenswerte Fähigkeit des Menschen.

Anmerkungen:

[1] „Wasser lässt Plankton ‚schwächeln‘. Forscher legen neue Erkenntnisse zum Einfluss der Klimaerwärmung auf die CO₂-Aufnahme vor“, 9.4.2009
<http://www.scinexx.de/wissen-aktuell-9750-2009-04-08.html>

[2] Park, G.-H., K. Lee, und P. Tishchenko (2008): „Sudden, considerable reduction in recent uptake of anthropogenic CO₂ by the East/Japan Sea“, *Geophys. Res. Lett.*, 35, L23611, doi:10.1029/2008GL036118.

Quelle:

Schattenblick - 09.04.2009, KLIMA/367
<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umkl-367.html>

Gute Alternativen zum Emissionshandel

Valentin Hollain

In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass der Emissionshandel als Instrument sowohl für den Klimaschutz als auch für die regenerative Energiewende weitgehend wirkungslos geblieben ist.

Wie fatal das angeblich marktconforme System des Emissionshandels sich auf das Verhalten der Ener-

giekonzerne auswirkt, belegt die aktuelle Wirtschaftskrise. Die hat nämlich dazu geführt, dass der Zertifikatspreis seit September 2008 drastisch gefallen ist. Während die bundeseigene KfW-Bankengruppe, die im Auftrag des Bundes den Verkauf der Zertifikate vornimmt, diese 2008 noch für durchschnittlich 23,33 € pro Tonne CO₂ verkaufen konnte, ist der Zertifikatspreis inzwischen um über 60 % gefallen und notierte zeitweilig an der Leipziger Energiebörse EEX für weniger als neun Euro. Die Einnahmen des Bundes werden dementsprechend voraussichtlich deutlich unter denen des Jahres 2008 liegen, anstelle von 933 Mio. € werden es wohl nur 400 Mio. € sein. Viel schwerwiegender ist aber, dass auf diese Weise der Lenkungseffekt, der eigentlich vom Emissionshandel ausgehen sollte, verpufft. Stabile Rahmenbedingungen für den Klimaschutz in der Europäischen Union schaffen daher momentan nur diejenigen Staaten, die über Einspeisegesetze analog zum deutschen EEG verfügen. Nur Einspeisegesetze bieten für die Erzeuger regenerativen Stroms stabile Rahmenbedingungen und führen zu einem stetigen Anstieg der erneuerbaren Stromerzeugung und somit letztlich zur Verdrängung fossil-atomaren Stroms. Inzwischen hat sich ein ganzer Wirtschaftszweig um den Emissionshandel herum entwickelt. Da die involvierten Unternehmen und Einrichtungen oft finanziell davon abhängig sind, sich nur innerhalb des Systems des Emissionshandels zu bewegen und keineswegs alternative Konzepte zu entwickeln, hat sich eine beispiellose Kritiklosigkeit gegenüber den fundamentalen Fehlern des Emissionshandels eingestellt. Bei jedem anderen Problem, dass man seit Jahren mit einem inadäquaten Lösungsansatz zu beheben versucht, hätte man sich bereits deutlich für anderweitige Lösungen ausgesprochen. Doch obwohl fast täglich neue Klimadaten vorgelegt werden, die belegen, dass der Klimawandel bei Fortsetzung des jetzigen Kurses erheblich stärker ausfallen wird als bisher angenommen, setzen Umweltverbände und NGOs auch bei der zweiten Phase des Kyoto-Protokolls ihre Hoffnungen auf den Emissionshandel.

Schon 2001 hat EUROSOLAR in der allgemeinen Euphorie für einen globalen Emissionshandel im Rahmen der Anzeigenaktion „Unsere Luft ist keine Ware – Erneuerbare Energien statt fossilem Emissionshandel“ zur Weltklimakonferenz in Bonn darauf hingewiesen, dass der Emissionshandel als Instrument des Klimaschutzes und der Energiewende völlig ungeeignet ist: „Fatal ist das aktuelle Konzept der Weltklimakonferenz, auf einen zweifelhaften Handel mit sogenannten fossilen Emissionsrechten zu setzen und eine globale Verrechnung von CO₂-mindernden Exporten zuzulassen, der die Strukturen der umweltzerstörenden Energieversorgung konserviert und voller Umgehungsmöglichkeiten steckt...“. EUROSOLAR hat sich daher schon seit Jahren für die Anwendung des Verursacherprinzips stark gemacht, sowohl über die Förderung der erneuerbaren Energien als auch über die steuerliche Belastung der fossilen und atomaren Ressourcen und den Abbau der bis heute existierenden enormen steuerlichen

Begünstigungen und Subventionen von über 300 Mrd. US\$ für fossile und atomare Ressourcen. In diesem Zusammenhang hat Hermann Scheer 2007 vorgeschlagen, alle Energiesteuern in Emissionssteuern umzuwandeln. Die Besteuerung der Energie würde nach dem Grad der dadurch hervorgerufenen Emissionen erfolgen. Auf diese Weise würden die emissionsträchtigen Energien teurer, die nicht emissionsträchtigen billiger: eine konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips.

Es stimmt hoffnungsvoll, dass sich inzwischen die Stimmen mehren, die das System des Emissionshandels offen kritisieren und stimmige Gegenentwürfe vorgelegt haben. So hat der führende Klimaforscher der US-Raumfahrtbehörde NASA, James Hansen, eine Kohlendioxidsteuer gefordert. [1] Seiner Ansicht nach führt ein Handel mit Emissionen nicht zum Erfolg. Darüber müsse jahrelang verhandelt werden und zahlreiche Kompromisse geschlossen werden, und am Ende funktioniere dies nicht. Die großen Unternehmen würden vom Handel mit Verschmutzungsrechten profitieren, da sie dieses System nach Gutdünken verdrehen könnten. James Hansen empfahl daher, auf dem geplanten UN-Klimagipfel im Dezember in Kopenhagen keinen Emissionshandel zu beschließen. Auch der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler William Nordhaus von der Universität Yale fordert eine CO₂-Steuer.

Ebenso hält Gilbert Metcalf, Wirtschaftswissenschaftler an der Tufts University, das System des Emissionshandels für viel zu kompliziert. In einem Interview [2] mit der Zeitschrift „Technology Review“ äußerte er sich folgendermaßen: „Die interessantesten Auswirkungen liegen vor allem darin, dass es ja diese Liebesaffäre mit dem Emissionshandel gab - wir schaffen diese Märkte, wir schaffen diese Assets und lassen die Leute die dann traden. Nun, die Blume dieser Finanzmarktinstrumente blüht nicht mehr.“ Er fordert daher eine direkte Besteuerung der fossilen Brennstoffe, insbesondere der Kohle, dem klimaschädlichsten der fossilen Brennstoffe, mit dem ein Großteil des weltweit genutzten Stroms erzeugt wird. Auf diese Weise wäre es sehr einfach, alle fossilen Brennstoffe zu erfassen, die Anzahl der Steuerzahler wäre gering. Diese Steuer würde sich auf alle nachgelagerten Produkte und Dienstleistungen auswirken und auf diese Weise die externen Effekte fossiler Energien einpreisen. Diese Art der Besteuerung würde so auch endlich Kostengerechtigkeit zwischen fossilen und erneuerbaren Energien herbeiführen. Gilbert Metcalf hat errechnet, dass eine Eingangsteuer von 15 US\$ pro Tonne CO₂ in den USA zu Steuereinnahmen von 85 Mrd. US\$ im Jahr führen würde. Geld, das in die Förderung einer nachhaltigeren Energieversorgung fließen könnte und Investitionen in neue fossile Kraftwerkskapazitäten unattraktiv macht. Trotz seiner umfassenden Wirkung ist dieses System erheblich unbürokratischer als der Emissionshandel. Es setzt an der Wurzel des Problems an und schafft im Gegensatz zum Emissionshandel verlässliche Rahmenbedingungen unabhängig von wirtschaftlichen Schwankungen und entzieht sich in viel stärkerem Maße einer Einflussnahme der großen

Unternehmen. Darüber hinaus wird mit einem solchen System endlich die Illusion zerstört, dass man die Emissionen der Industriestaaten einfach günstig irgendwo anders vermeiden könne. Nur eine Verhaltensänderung bei den CO₂-Hauptemittenten kann zu einem wirksamen Klimaschutz führen.

Seit den 90er Jahren ist der Emissionshandel als das System für einen globalen Klimaschutz gepriesen worden, ein marktkonformes Finanzmarktinstrument, mit dem kosteneffizient eine der größten globalen Herausforderungen gemeistert werden kann. Diesen Nimbus sollte der Emissionshandel inzwischen eigentlich verloren haben. Es wird Zeit, dass sich auch die Umweltverbände diesen Ansätzen nicht mehr verschließen.

[1] <http://www.wir-klimaretter.de/content/view/2544/148/>

[2] <http://www.heise.de/tr/artikel/121964>

Quelle:

Solarzeitalter 1/2009, S. 25 – 26

http://www.eurosolar.de/de/images/stories/pdf/SZA1_09_Hollain_Emission.pdf

VERKEHR

Europäische Erklärung gegen Bahnprivatisierungen und für nachhaltige Transportsysteme verabschiedet

Kongress „Nächster Halt: Bürgerbahn!“

Konferenz mit Teilnehmern aus sechs Ländern setzt Zeichen für eine Bahn der Zukunft. Drei Wochen vor der Europawahl hat sich ein europaweites Bündnis gegen die Bahnprivatisierung zu Wort gemeldet. Auf einem Kongress in Köln unter dem Titel „Nächster Halt: Bürgerbahn!“ tauschten Privatisierungsgegner, Gewerkschafter und Bahnfachleute am Wochenende ihre Erfahrungen, Standpunkte und Argumente aus und debattierten Konzepte einer benutzer- und umweltfreundlichen Eisenbahn. Die rund 80 Teilnehmer aus mehreren europäischen Ländern verabschiedeten eine „Kölner Erklärung“, die den seit zwei Jahrzehnten europaweit laufenden Prozess der Liberalisierung, Fragmentierung und Privatisierung des Eisenbahnsektors kritisiert und den „Aufbau und Erhalt einer integrierten Bahn in Bürgerhand“ fordert.

Zu der Veranstaltung eingeladen hatten „Bahn für Alle“, das bundesdeutsche Aktionsbündnis gegen die Bahnprivatisierung, die britische Bahngewerkschaft RMT sowie die nordrhein-westfälischen Grünen und deren verkehrspolitischer Sprecher im Düsseldorfer Landtag, Horst Becker.

Kölner Erklärung 16. Mai 2009

Europäische Erklärung gegen Bahnprivatisierungen und für nachhaltige Transportsysteme

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise betont die Notwendigkeit, für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung stabile öffentliche Verkehrsnetze auszubauen und diese zu sozial verträglichen Konditionen zugänglich zu machen, Arbeitsplätze zu schaffen sowie eine Verringerung des Kohlendioxidausstoßes zu erreichen, um eine nachhaltige Entwicklung der Umwelt für unsere Zukunft zu ermöglichen.

Wir fordern ein Konjunkturprogramm beruhend auf:

1. einer nachhaltigen, wirtschaftlichen Entwicklung der öffentlichen Verkehrsnetze, welche die nationalen und internationalen in öffentlicher Hand befindlichen Personenschienenverkehrsnetze verbindet; Erhöhung der öffentlichen Mittel, um den Wiederaufbau der öffentlichen Verkehrsnetze zu fördern
2. der Verdreifachung des öffentlichen Nahverkehrs in Städten und dem Ausbau des Fahrradverkehrs, der Reduzierung des privaten Kraftfahrzeugverkehrs, der Umrüstung der Automobilindustrie
3. der Entwicklung der Regionalisierung, der Entwicklung des Einzelwagenladungsverkehrs und der Diversifizierung des Bahnfrachtverkehrs, einer Wiederbelebung des städtischen Bahnfrachtverkehrs, einer Reduzierung des LKW-Verkehrs
4. Umstieg der Bahn auf erneuerbare Energiequellen

Wir glauben, dass die Konsequenzen der Bahnprivatisierung, der Liberalisierung des Schienenverkehrs und der Fragmentierung der Bahngesellschaften folgende sind:

- Abstriche bei der Sicherheit der Eisenbahn, Angriffe auf die Löhne, Arbeitsbedingungen und Pensionen der Beschäftigten sowie auf gewerkschaftliche Organisation und (bestehende) Tarifverträge
- Einen Bruch mit dem Konzept einer sozialen Bahn zugunsten ausschließlicher Wirtschaftsinteressen und einer einseitigen Renditeorientierung als Gütekriterium erfolgreichem Schienenverkehrs
- Eine teurere, weniger effiziente Bahn, bei welcher der Gewinn über den Bedürfnissen der Gemeinschaft steht

Wir fordern daher:

- Den Aufbau und Erhalt einer integrierten Bahn in Bürgerhand.
- Die Verantwortung der Kommunen und Regionen für den Nahverkehr muss gestärkt und ausgeweitet werden. Demokratisch gewählte Gremien garantieren die Schaffung und Vorhaltung der Nahverkehrssysteme und stellen ihre Finanzierung durch die öffentliche Hand sicher.
- Klare und verbindliche Fahrgastrechte für den öffentlichen Schienenverkehr, so dass der Verbraucherschutz Vorrang bekommt in Fällen von Verspätungen und Qualitätsmängeln.

Wir verurteilen:

- All jene EU-Direktiven, einschließlich der „EU-Bahnpakete“, die immer mehr zu einer Privatisierung der europäischen Bahngesellschaften und zu einem so genannten Liberalisierungsprozess führen, der zu einer geringeren demokratischen Verantwortlichkeit und einer Zunahme der privaten Schienenmonopole führt.
- All jene Regierungen, EU-Institutionen, die Weltbank und andere Finanzinstitute, die die Privatisierung, Liberalisierung und Zerschlagung der Bahnunternehmen zunehmend zur Bedingung für Finanzierungsbeihilfen machen.

Wir glauben, dass die Privatisierung der öffentlichen Verkehrssysteme eines der Hauptinstrumente der neoliberalen Reduktion öffentlicher Leistungen und der Umverteilung der Ressourcen von unten nach oben ist. Wir kommen hiermit überein, unsere lokalen und nationalen Bemühungen in einer Europäischen Koalition gegen die Bahnprivatisierung und für nachhaltige Transportsysteme zu bündeln, indem die Organisationen der Bahnarbeiter und der Bahnnutzer mit den Bürgern zusammen gebracht werden, um eine Zukunft für zukünftige Generationen zu sichern.

Unterzeichnet von den folgenden Organisationen und Befürwortern öffentlichen Verkehrs:

Attac

Autofrei leben!

Bahn von unten

Bund für Umwelt und Naturschutz BUND

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz BBU

Bürgerbahn statt Börsenbahn

European Coalition Against Rail Privatisation

Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten

DIE GRÜNEN NRW

Grüne Jugend

Grüne Liga

JungdemokratInnen / Junge Linke

Jusos in der SPD

Linksjugend Solid

NaturFreunde Deutschlands

RMT - the National Union of Rail, Maritime and Transport Workers

Robin Wood

Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken

Umkehr e.V.

VCD Brandenburg

SNTSF – National Railway Workers Trade Union (Portugal)

Quelle:

<http://www.bahn-fuer-alle.de/pages/termine/europaeische-konferenz-zur-zukunft-der-bahn/europaeische-erklaerung-gegen-bahnprivatisierungen-und-fuer-nachhaltige-transportsysteme-verabschiedet.php>

POLITIK

Sozial und ökologisch? Umweltpolitische Konferenz der Linksfraktion in Berlin

Johann Martens

Auf einer Konferenz am Samstag in Berlin wurde darüber diskutiert, wie die Linkspartei Ökonomie und Umwelt unter einen Hut bringen kann. - Unsere Wirtschaftsweise spielt der Umwelt übel mit, so die Bundestagsabgeordnete der Linkspartei Eva Bulling-Schröter. Schwund der Tropenwälder, Überfischung der Meere, Übernutzung der Rohstoffe zum Schaden künftiger Generationen würden unausgesprochen „als tolerierbar im Sinne einer obskuren wirtschaftlichen Wohlfahrt“, als duldbar zur Sicherung von Arbeitsplätzen hingenommen. Erst vergangene Woche habe eine neue britische Studie gewarnt, dass zum Ende des Jahrhunderts die Hälfte der Weltbevölkerung von Hungersnöten bedroht sein wird.

Bulling-Schröter sprach zur Eröffnung einer von der Linksfraktion im Bundestag organisierten umweltpolitischen Konferenz. Das Treffen war überwiegend von jenen besucht, die sich seit Jahren in der Partei oder deren Umfeld mit dem Thema beschäftigten. Dabei mangelt es nicht an Diskussionsbedarf. Erst kürzlich hatte der Kovorsitzende Oskar Lafontaine im Parteivorstand unter erheblichem Protest von umweltpolitisch Verantwortlichen wie Wolfgang Methling verkündet, dass er, wenn er denn Ministerpräsident im Saarland werden sollte, neue Kohlekraftwerke genehmigen würde.

Die Umweltfraktion hat andererseits für den Rest der Partei starken Tobak im Angebot: Hierzulande werden wesentlich mehr Ressourcen verbraucht, als der Planet langfristig vertragen kann – insbesondere dann nicht, wenn Wirtschaftsweise und Konsummodell der Industriestaaten global verallgemeinert würden. Bis zur Mitte des Jahrhunderts müsse der Verbrauch fossiler Energieträger um 80 bis 90 Prozent reduziert werden. Geht das überhaupt, ohne auf Wirtschaftswachstum zu verzichten?, fragte Eva Bulling-Schröter.

Nein, meinte Alexis Passadakis vom Attac-Koordinierungskreis. Die ganze Diskussion um Ökosteuern, Emissionshandel und „New Green Deal“ sei irreführend. Es gehe letztlich darum, dass die Ressourcen im Boden bleiben und die Wirtschaft schrumpfe.

Ganz so weit wollte Wolfgang Methling, Mitglied des Parteivorstandes und ehemaliger Umweltminister in Mecklenburg-Vorpommern, nicht gehen. Die Linkspartei müsse sich darum bemühen, ökologische und soziale Nachhaltigkeit miteinander zu verbinden. Die Programmdebatte habe jedoch gezeigt, dass seine Partei noch weit davon entfernt sei.

Wie die Verbindung hergestellt werden könnte, erläuterte der energiepolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Hans-Kurt Hill. Er forderte ein für alle Verbraucher kostenloses Grundkontingent Strom von beispielsweise 800 Kilowattstunden; im Gegenzug müsse hoher Verbrauch erheblich verteuert werden. So könnten arme Haushalte entlastet und zugleich Anreize zum Energiesparen geschaffen werden.

Auf jeden Fall, so Vizefraktionsvorsitzende Gesine Löttsch, dürften sich Umweltbewegte in der Linkspartei nicht das Nörgler-Image anheften lassen. Sie hätten in der Fraktion bereits eine Reihe wichtiger Initiativen durchgesetzt, wie die Forderung nach Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand und nach Rekommunalisierung der Energieversorgung. Im Augenblick müsse man aber aufpassen, dass der Umweltschutz angesichts der Wirtschaftskrise nicht wieder zum Nebenwiderspruch gemacht werde.

Quelle: Neues Deutschland, 18.5.2009, S. 10

UMWELTNACHRICHTEN

Widersinn. Geldregen für Umweltsünden

Toralf Staud

In einem Beitrag des Greenpeace-Magazins (Nummer 5/2008) geißelt der Autor Toralf Staud die staatlichen Zuschüsse bzw. Ermäßigungen, die zu einer antiökologischen Politik beitragen. Dazu wird folgende Liste angeführt, die auf der Subventionsstudie der Umweltverbände von 2006 beruht. – d. Red.

Steinkohleförderung, Dienstwagensteuer, Pendlerpauschale & Co: 34 Milliarden Euro gibt der Staat an umweltschädlichen Subventionen aus. Jahr für Jahr

- 8,7 Mrd. € Steuerfreiheit für Kerosin
- 500 Mill. € Mehrwertsteuerbefreiung für Flugtickets
- 5,85 Mrd. € geringere Besteuerung von Diesel gegenüber Benzin
- 500 Mill. € pauschale Besteuerung privat genutzter Dienstwagen
- 160 Mill. € ermäßigte Mineralölsteuer für Land- und Fortwirtschaft sowie in Seehäfen
- 1,5 Mrd. € Entfernungspauschale für Berufspendler
- 2,43 Mrd. € Atomenergie (Nichtbesteuerung von Uran als Kernbrennstoff und Steuerbefreiung für Gewinnrückstellungen der AKW-Betreiber)
- 4,9 Mrd. € Steinkohle (direkte Subvention der Förderung sowie Nicht- bzw. geringere

- Besteuerung des Verbrauchs)
- 1,7 Mrd. € Braunkohle (indirekte Subventionen für Förderung sowie Nicht- bzw. geringere Besteuerung des Verbrauchs)
- 3,44 Mrd. € Ermäßigungen der Öko-, Strom- bzw. Energiesteuern für Industrie, Land- und Forstwirtschaft
- 2,01 Mrd. € Erstattungen von Strom- bzw. Energiesteuern für „erheblich belastete“ Großverbraucher in der Industrie
- 2,3 Mrd. € Steuerbefreiung für die Mineralöl-Verwendung zum Betrieb von Ölraffinerien oder in der Kosmetik- und Kunststoffindustrie

Zum Weiterlesen:

Subventionsstudie der Umweltverbände von 2006:
www.klimaschutz.com/e226/Schwarzbuch.pdf
 Initiative Agrar-Transparenz: www.wer-profitiert.de
 FÖS/DNR-Studie Subventionen und Artenvielfalt:
www.foes.de/de/downloads/studien/subventionsstudie.pdf

Quelle:
greenpeace magazin 5.08
<http://www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=5455>

Tierversuche endlich abschaffen

Presseerklärung der Bundestagsfraktion DIE LINKE, 23.04.2009

„Obwohl die Fortschritte im Bereich der alternativen Versuche beachtlich sind und zum Teil auch grausame Giftigkeitstests ersetzt werden können, steigen die Tierversuchszahlen weiter an“, so Eva Bulling-Schröter anlässlich des morgigen internationalen Tages des Versuchstieres. Die tierschutzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter: „Hier gibt es eine riesige Kluft zwischen der gesellschaftlichen Forderung nach einem Ende der Tierversuche und den politischen und wirtschaftlichen Interessen. 2007 wurden 2,6 Millionen Wirbeltiere für Versuche verwendet. Das ist eine unerträgliche Situation und absolut unzeitgemäß. DIE LINKE fordert daher eine schnelle und konsequente Umsetzung des neuen Entwurfs für eine europäische Tierversuchsrichtlinie. Neben dem Verbot von Versuchen an Affen und der Veröffentlichung von Tierversuchsvorhaben soll darin auch eine ethische und rückwirkende Bewertung von Tierversuchen vorgenommen werden. Diese Fortschritte reichen jedoch nicht aus. Es muss einen Paradigmenwechsel bei Tierversuchen geben. Deutschland muss endlich in die Pflicht genommen werden, seine eigenen schwammigen Gesetze auf diesem Gebiet zu verschärfen. Während der Übergangszeit müssen

Tierversuche verboten und durch alternative Testmethoden ersetzt werden.“

Quelle:
Newsletter Umwelt und Energie, Bundestagsfraktion DIE LINKE

Union und SPD opfern Energieeffizienz

Presseerklärung der Bundestagsfraktion DIE LINKE, 07.04.2009

„Das Energieeffizienzgesetz fällt dem vorgezogenen Wahlkampf zwischen CDU/CSU und SPD zum Opfer. Den Schaden haben die Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie zahlen drauf, wo ein kluger Umgang mit Strom und Wärme nicht zur Pflicht gemacht wird. Mit Blick auf die knappen Öl- und Gasreserven und weiter steigende Strompreise ist das Verhalten am Kabinetttisch unverantwortlich“, erklärt Hans-Kurt Hill. Der energiepolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE weiter: „DIE LINKE fordert für die Industrie eine verpflichtende Steigerung der Energieeffizienz um drei Prozent im Jahr. Wer das erfüllt, kann auch bei der Energiesteuer entlastet werden. Wie sein Vorgänger steht aber auch der neue Bundeswirtschaftsminister auf der Bremse. Er will klare Regeln zur Energieeffizienz in der Industrie verhindern. In der Folge müssten kleine Betriebe und Privathaushalte umso mehr Strom und Wärme einsparen, um die Vorgaben der EU zu erfüllen. Geradezu naiv sind die Vorschläge von Minister Guttenberg: freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie und mehr Atomkraft. Das ist ein Freifahrtschein für Energieverschwendung. Wer Strompreissenkungen fordert, muss die Bedingungen dafür schaffen. Minister Guttenberg ist davon in jeder Hinsicht himmelweit entfernt.“

Quelle:
Newsletter Umwelt und Energie, Bundestagsfraktion DIE LINKE

Gentechnisch veränderter Reis an Kindern getestet

Veröffentlichung von foodwatch, 17.04.2009

Ohne vorherige Fütterungsversuche an Tieren wurde „Goldener Reis“, der durch gentechnische Veränderungen Provitamin A enthält, an Kindern in China getestet. Eine Verletzung ethischer Standards, die foodwatch verurteilt. Transgene Pflanzen können

unerwartete Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben.

Nachdem foodwatch im Januar 2009 eine kritische Recherche zu „Golden Rice“ veröffentlicht hatte, ist inzwischen bekannt, dass trotz unzureichender Datenlage bereits Versuche mit chinesischen Schulkindern durchgeführt wurden. „Golden Rice“ ist eine Reissorte, die Wissenschaftler durch gentechnische Eingriffe so verändert haben, dass in den Körnern Carotin gebildet wird. Der Reis nimmt eine gelbe Farbe an und kann das lebensnotwendige Vitamin A liefern. Jährlich erblinden in der Dritten Welt bis zu 500 000 Kinder, weil sie nicht genügend Vitamin A zu sich nehmen. Die Hälfte von ihnen stirbt innerhalb von zwölf Monaten. Die Gentechnikindustrie propagiert diesen „goldenen“ Reis als Wundermittel gegen die Vitamin-A-Mangel-Krankheit.

Tests an Schulkindern ohne vorherige Fütterungsversuche mit Tieren

Nach den Recherchen von foodwatch erscheint das angeblich rein humanitäre Projekt als sehr undurchsichtig: Selbst banale Daten wie der für die Wirksamkeit entscheidende Carotingehalt im Reis werden nicht veröffentlicht. Untersuchungen zu möglichen Risiken fehlen. Foodwatch schrieb deshalb an die Rockefeller Foundation und die Bill & Melinda Gates Foundation, die das Projekt finanzieren, und forderte sie auf, ihr Engagement zu überprüfen. Doch während die Stiftungen ausweichende Antwortbriefe schickten, wurden in den letzten Monaten bereits Tests an chinesischen Kindern durchgeführt. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Das geht seit März 2009 aus der Internetseite der Projektbetreiber, des sogenannten „Golden Rice Humanitarian Board“, hervor (siehe „Golden Rice has been researched thoroughly“). Und das, ohne vorher durch Fütterungsversuche an Tieren überprüft zu haben, ob der Verzehr von „Golden Rice“ tatsächlich unbedenklich ist.

Wie berechtigt die Warnung vor unerwarteten Folgen bei der Übertragung von Genen ist, zeigt eine Untersuchung aus dem Jahr 2005: Bei der Manipulation von Erbsen mit Genen aus der Bohne kam es zunächst zu kleinen Veränderungen am Eiweiß. Diese führten aber dazu, dass die Erbsen lebensbedrohliche Reaktionen des Immunsystems auslösten. Wer sich, wie das Golden-Rice-Team laut Internetseite, selbst „zu den höchsten Sicherheitsstandards bei der Risikobewertung verpflichtet“, müsste vor diesem Hintergrund Versuche an Menschen und erst recht an Kindern ohne vorherige Test an Tieren selbstverständlich ablehnen.

Foodwatch fordert Stopp der Tests und Veröffentlichung aller Daten

Foodwatch hat deshalb erneut an die beiden Stiftungen geschrieben und sie aufgefordert, jegliche Tests an Menschen zu stoppen, solange die Sicherheits-

fragen nicht geklärt sind. Zudem müssen alle Informationen, die dem Projektteam vorliegen, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Zweck des „Golden Rice“-Projektes erscheint fraglich. Denn Spezialisten räumen der Ausgabe von Vitaminpillen, der Anreicherung von normalen Lebensmitteln mit Vitamin A und der Unterrichtung der Menschen im Anbau von Karotten und speziellem grünen Gemüse inzwischen mehr Aussicht auf Erfolg ein als dem Einsatz von Gentechnik.

Die humanitäre Motivation der „Golden Rice“-Macher gerät ins Zwielicht einer Kampagne, mit der gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln zum Durchbruch verholfen werden soll, indem man sie als einziges Mittel gegen gefährliche Mangelernährung darstellt. Ein Projekt, mit dem gleichermaßen das Image der Gentechnik verbessert, Standards für die Risikoprüfung abgesenkt und Kritiker von Gentechnik-Nahrung moralisch unter Druck gesetzt werden sollen.

Quelle:

http://www.foodwatch.de/kampagnen_themen/gentechnik/golden_rice/index_ger.html

Vorsicht vor Gift in Spielzeug

Pressemitteilung des BUND, 6. Februar 2009

Nürnberg: Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) warnte heute anlässlich der Spielzeugmesse in Nürnberg vor Gesundheitsschäden durch Schadstoffe in Kinderspielzeug. Immer wieder wiesen Tests vom Magazin Öko-Test, von Stiftung Warentest oder dem TÜV Rheinland hohe Konzentrationen gefährlicher Chemikalien, z. B. von Blei in Spielzeugautos oder Weichmachern in Puppen, nach. Die geltenden Gesetze, wie die neue europäische Spielzeugrichtlinie und das bisherige Chemikaliengesetz, böten keinen ausreichenden Schutz. Nach Ansicht des BUND müssten deshalb die Hersteller von Kinderartikeln eine gesundheitlich unbedenkliche Qualität sicherstellen und durch geeignete Prüfsiegel erkennbar machen.

Hubert Weiger, BUND-Vorsitzender: „Es dürfen nicht länger Geschäfte auf Kosten der Kindergesundheit gemacht werden. Die Gesetzesmühlen mahlen angesichts der hohen Gefahr viel zu langsam. Deshalb sind die Hersteller gefordert, sich umgehend auf höhere Qualitätsstandards festzulegen.“ Da Kontrollen durch unabhängige Institute nicht vorgeschrieben seien, müssten Hersteller diese künftig aus Eigeninitiative veranlassen. Weiger: „Statt bunt oder schrill muss gesund zu einem Kriterium werden. Die Branche muss sich von schwarzen Schafen eindeutig distanzieren.“

Der BUND kritisierte die erst kürzlich verabschiedete europäische Spielzeugrichtlinie als mangelhaft. Die dort festgelegten Grenzwerte reichten für den Ge-

sundheitsschutz von Kindern nicht aus und würden weder für inländische Produkte noch für Importe hinreichend kontrolliert. Zudem würden viele für Kinder hergestellte Produkte nicht erfasst. Dazu zählten z. B. die oft hoch mit Weichmachern belasteten Schwimmhilfen. Weichmacher störten erwiesenermaßen das empfindliche Hormonsystem von Kindern.

Heribert Wefers, BUND-Chemieexperte: „Die hormonartig wirkenden Substanzen können in bereits sehr geringen Konzentrationen zu diversen Entwicklungsstörungen und nachfolgenden Erkrankungen im späteren Leben führen.“ Auch einige der typischen Zivilisationskrankheiten wie Übergewicht und Herz-Kreislaufkrankheiten seien mit hormonartigen Schadstoffen in Verbindung zu bringen. Untersuchungen zeigten, dass die Körper vieler Kinder schon im hohen Maße mit diesen Stoffen belastet sind.

Bereits jetzt gäbe es für alle in Spielzeug gefundenen Schadstoffe ungefährliche Alternativen. Ein verpflichtender Austausch schädlicher gegen unschädliche Stoffe könne durch eine konsequente Umsetzung der neuen europäischen Chemikalienverordnung REACH (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien) gewährleistet werden. Verbrauchern empfiehlt der BUND, weniger, dafür qualitativ hochwertigeres, Spielzeug zu kaufen und auf ein Prüfsiegel einer unabhängigen Untersuchungseinrichtung, wie dem TÜV Rheinland oder der Landesgewerbeanstalten LGA, zu achten. Das gesetzlich vorgeschriebene CE-Zeichen besage nicht viel, da die Hersteller es – ungeprüft – an sich selbst vergeben.

Testergebnisse finden Sie u. a. im „Jahrbuch Kleinkinder“ von Öko-Test (2009).

Quelle:

<http://www.bund.net/nc/bundnet/presse/pressemitteilungen/detail/browse/4/zurück/pressemitteilungen/artikel/gift-cocktail-kinderspielzeug-bund-mahnt-erstellt-er-zu-mehr-verantwortung-und-fordert-schaerfere-ge>

Rückgang der Vögel hat sich bestätigt. „Stunde der Gartenvögel 2009“: Vergleich mit Daten aus Vorjahren liegt vor

Markus Nipkow, Andreas von Lindeiner

Mehr als 40 000 Vogelfreunde nutzten das zweite Maiwochenende zur Teilnahme an der diesjährigen „Stunde der Gartenvögel“. Damit war die „Stunde der Gartenvögel“ erneut Deutschlands größte Vogelzählung.

Im Mittelpunkt der Aktion stehen vor allem die häufigeren Vogelarten. Wie im Vorjahr entfielen auf die „Top Ten“ der Artenliste genau 74 Prozent der Beobachtungen. Auch die Rangfolge der 10 häufigsten

Arten wurde bei der diesjährigen Zählung bestätigt. Danach sind Haussperling und Amsel bundesweit mit Abstand die häufigsten Vögel in Städten und Dörfern, gefolgt von Kohlmeise, Star, Blaumeise, Mehlschwalbe, Elster, Mauersegler, Grün- und Buchfink.

Die hohe Übereinstimmung der Zählergebnisse von Jahr zu Jahr ist bemerkenswert. Sie zeigt auch, dass trotz mancher Fehlbestimmungen, die man sicherlich unterstellen darf, glaubhafte Ergebnisse erzielt worden sind. Das beruht auf der großen Datenmenge, die den Auswertungen zugrunde liegt. „Citizen Science“ – also eine Forschung, bei der jeder mitmachen kann – ist hierfür bekannt und erfreut sich nicht zuletzt deswegen auch bei uns wachsender Beliebtheit.

Trotz mancher Bestätigungen früherer Jahre – viele Vogelarten waren diesmal deutlich seltener zu sehen oder zu hören. Bei 13 der 20 häufigsten Vogelarten ist die Zahl der pro Garten beobachteten Tiere zurückgegangen, bei vier Arten blieb sie konstant, und nur drei der 20 Arten zeigten einen positiven Trend gegenüber 2008 (Bachstelze, Feldsperling und Türkentaube). Winterempfindliche Arten wie der Zaunkönig (minus 20 Prozent) waren am stärksten betroffen. Auch der Bestand des Eisvogels – Vogel des Jahres 2009 – hat unter dem strengen Winter nachweislich gelitten: Während im letzten Jahr noch 200 der im Siedlungsraum eher seltenen Gäste gemeldet wurden, waren es jetzt nur 113 – ein auf die Gesamtzahl der Meldungen bezogener Rückgang um mehr als 30 Prozent.

Die Graphik zeigt deutlich: Vor allem die Zahl der Meisen nimmt kontinuierlich ab. Eines der deutlichsten Ergebnisse der Aktion betrifft die Rabenvögel: Stimmt es, dass Krähen und Elstern „überhand nehmen“ – wie oft behauptet wird? Nach fünfjähriger Zählung zeigt sich genau das Gegenteil.

2009 wurden bundesweit 41 Prozent weniger Rabenkrähen gemeldet als im Durchschnitt der vier vorangegangenen Jahre. Bei Elstern waren es 12 Prozent weniger. Hier wird das Resultat einer intensiven Bejagung von Rabenvögeln in nahezu allen Bundesländern sichtbar. Und die Verfolgung der Vögel ist vollkommen sinnlos: Zwischen der Zahl gemeldeter Rabenvögel und der anderer Gartenvögel ist erneut kein Zusammenhang zu erkennen.

Quelle:

www.nabu.de/aktionenundprojekte/stundedergartenvogel/ergebnisse/11170.html

Den Untergrund nicht verschenken. CO₂-Speicher brauchen Nutzungsgebühr

Presseerklärung der Grünen Liga, 05. März 2009

Berlin/Cottbus 05. März 2009: Der Umweltverband

GRÜNE LIGA hat den Entwurf des CCS-Gesetzes scharf kritisiert und fordert, eine Speichernutzungsgebühr einzuführen.

Dazu Bundesgeschäftsführerin Katrin Kusche: Der Gesetzentwurf vernachlässigt völlig, dass mit dem Füllen von unterirdischen CO₂-Speichern eine begrenzte Ressource unwiederbringlich verbraucht würde. Hierfür müssten die Konzerne eine Abgabe zahlen, wie es auch bei der Förderung vieler Bodenschätze in Deutschland Gesetz ist. Sonst begünstigt das Gesetz nur diejenigen, die mit der geringsten Energieausbeute die größten CO₂-Mengen verursachen. Die Bundesregierung versucht hier, den Untergrund ganzer Landstriche einfach zu verschenken. Für Maßnahmen an der Oberfläche dürfen die Konzerne dann betroffene Bürger sogar enteignen lassen. Nachdem die Stromkonzerne sich bereichert haben, soll anschließend die Haftung für unkalkulierbare Langzeitschäden den Ländern aufgebürdet werden – gerade im Osten Deutschlands können diese das finanziell aber niemals stemmen. Lächerlich sind auch die Möglichkeiten zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten: Wer die Speicherung so betreibt, dass sich das Kohlendioxid über die Grenzen des genehmigten Speichers hinaus bewegt, muss laut dem Gesetzentwurf nicht mehr als 50 000 Euro Bußgeld fürchten – für milliardenschwere Stromkonzerne eher eine Einladung als eine Drohung. Im Anhang finden Sie die Stellungnahme des Verbandes, in der zugleich die Kurzfristigkeit kritisiert wird, mit der das Gesetz in den Bundestag gepöpselt werden soll. Nur eine Woche räumten die Ministerien den Umweltverbänden die Möglichkeit zur Stellungnahme ein.

Ansprechpartner:

René Schuster, Tel. 0151 14420487

Quelle:

<http://www.grueneliga.de/aktuell/pm050309.htm>

Rapide Meeresspiegelschwankungen in Warmzeiten. Instabile Eisschilde als Verursacher?

Pressemitteilung des Leibniz-Instituts für Meereswissenschaften (IFM-GEOMAR) an der Universität Kiel, 15.04.2009

15.04.2009, Kiel - Warmzeiten galten, verglichen mit den kälteren Episoden der Erdgeschichte, bisher als die stabileren Klimazustände. Eine neue Studie Kieler und mexikanischer Meeresforscher, die am 16. April 2009 in der international renommierten Fachzeitschrift *Nature* erscheint, zeigt, dass sich der Meeresspiegel auch in wärmeren Klimaten sehr rasch ändern kann. Als Ursache werden kollabierende Eisschilde vermutet.

Ein schnell steigender Meeresspiegel als direkte Folge der Erderwärmung ist wohl eine der größten unmittelbaren Bedrohungen, die unserer Gesellschaft in den kommenden Generationen drohen könnte. Aus der Vergangenheit, insbesondere der Übergangszeit von der letzten Eiszeit zur heutigen Warmzeit, welche vor etwa 14 000 Jahren begann, wissen wir, dass der Meeresspiegelanstieg nicht gleichförmig und linear, sondern eher sprunghaft und dann mit hohen Abschmelzraten vorstatten gegangen ist. Hierbei sind durchaus Änderungen von ca. 15 Metern in nur 300 Jahren rekonstruiert worden. Dies ist mehr als das 15-fache dessen, was wir heute beobachten.

Ein weiteres, sehr interessantes Zeitfenster in der Klimageschichte liegt 125 000 Jahre zurück. In dieser Warmzeit, einem sogenannten Interglazial, war es etwa zwei Grad wärmer, und auch der Meeresspiegel lag etwa sechs Meter höher als heute. Die jetzt von einem mexikanischen und deutschen Forscherteam in der internationalen Fachzeitschrift *Nature* veröffentlichte Studie widmet sich der Frage, ob der Meeresspiegel langsam aufgrund des abschmelzenden Eises oder schnell aufgrund des Kollapses eines oder auch mehrerer Eisschilde angestiegen ist. Dazu untersuchten die Meeresforscher aus Kiel und Cancun Korallenriffstrukturen, welche heute an Land, etwa sechs Meter über dem mittleren Hochwasser stehen. „Fossile Riffe sind ideale Anzeiger für die Höhe des Meeresspiegels, denn sie können nur nahe der Meeresoberfläche wachsen“, so Prof. Anton Eisenhauer vom IFM-GEOMAR. „Bei unseren Untersuchungen haben wir bemerkenswerter Weise zwei Riffe vorgefunden: ein Riff, welches etwa drei Meter über dem heutigen Meeresspiegel lag, und ein zweites, mehrere hundert Meter landeinwärts, welches eine Höhe von etwa sechs Metern über dem Meeresspiegel aufwies“, so Eisenhauer weiter. Durch präzisere Datierung mit Hilfe von Isotopenuntersuchungen des im Kalk enthaltenen Spurenelementes Thorium (Th-230) konnten die Forscher beweisen, dass beide Riffe mehr oder weniger zeitgleich existiert haben oder kurz nacheinander entstanden sein müssen. „Durch den Vergleich der ökologischen Bedingungen können wir aber sicher sagen, dass das eine Riff quasi ertrunken sein muss, während das zweite, heute landeinwärts liegende Riff entstand“, erklärt Mitautor Dr. Volker Liebetrau vom IFM-GEOMAR.

Auch sein Kollege Dr. Jan Fietzke ist sich sicher: „Dieser Prozess muss sehr rasch, innerhalb von etwa 50 Jahren oder ein bis zwei „Korallengenerationen“ abgelaufen sein, was einem Meeresspiegelanstieg von etwa sechs Zentimetern im Jahr entspricht.“ Dieses sei etwa 20-mal mehr als heute und könnte nur mit dem Kollaps eines oder mehrerer Eisschilde erklärt werden, schließen die Kieler Meeresforscher.

„Wir können nicht sagen, ob uns ein Eisschild-Kollaps innerhalb der nächsten Jahre oder Jahrzehnte droht. Wir wissen aber jetzt mit Sicherheit, dass ein solcher Kollaps drohen kann, da es früher einmal schon passiert ist. Die Eisschilde sollten daher sehr

genau beobachtet werden, um unsere Gesellschaft auf alle Eventualitäten einstellen zu können“, resümiert Prof. Eisenhauer.

Originalarbeit:

Blanchon, P., A. Eisenhauer, J. Fietzke and V. Liebetrau, 2009: Rapid sea-level rise and reef back-stepping at the close of the last interglacial highstand, *Nature*, 458 (7240), 881-884, doi:10.1038/nature07933

Quelle:

[www.ifm-geomar.de/index.php?id=537&tx_ttnews\[tt_news\]=317&ctx_ttnews{backPid}=551&cHash=983ec82d43](http://www.ifm-geomar.de/index.php?id=537&tx_ttnews[tt_news]=317&ctx_ttnews{backPid}=551&cHash=983ec82d43)

BÜCHERECKE

Am Ende des fossilen Zeitalters

Rezension von Götz Brandt

Über das Ende des fossilen Zeitalters sind in den letzten 35 Jahren schon viele Bücher geschrieben worden. Neu sind an diesem Buch die Herangehensweise und die konkreten Vorschläge. Am Beispiel der Chemieindustrie wird anschaulich, leicht verständlich und komplex die Erforschung und Produktion von Produkten, Verfahren, Gift- und Abfallstoffen in historischer Abfolge von Akteuren, Unternehmen und Regierungen dargelegt. Besonderer Wert wird dabei auf die historischen Wandlungen bei der Anwendung der Energietoffe Holz, Kohle, Erdöl und Erdgas in der Teerchemie, der Kohlechemie und der Petrolchemie gelegt und der Zusammenhang mit dem Eingreifen des Menschen in erdgeschichtliche Prozesse hergestellt. Der Beitrag der Chemieindustrie zur „Wegwerfmentalität“ wird ebenso untersucht, wie die Freisetzung immer größerer Schadstoff- und Abfallmengen, welche die globalen Kreisläufe stören und die Artenvielfalt bei Pflanzen und Tieren mindern. Interessant sind die Ausführungen zur Abhängigkeit der Kriegsführung von der Produktion der Chemieindustrie und die Hilfe von Chemikern bei der Giftgasproduktion und Kriegsverlängerung. Ein besonderer Abschnitt widmet sich der Chlorchemie, die aggressive Giftstoffe in die Natur einbringt. Umweltrelevant sind die Ausführungen zu den nicht abbaubaren Pestiziden als Umweltgefahren und Menschengiften. Die Ausführungen zum Klimawandel werden durch Gedanken zur Wahrnehmbarkeit von Gefahren, ihrer Verharmlosung und von Scheinlösungen der Industrie, die auf Zeit spielt, ergänzt.

Nach Meinung des Autors kann nur eine „Grosse Transformation“ die Menschheit retten. Anhand vieler Beispiele wird diese notwendige Transformation

beschrieben. Bisher verhindert die dominierende Ökonomie mit Wirtschaftswachstum und Globalisierung neoliberaler Prägung die Umsetzung der Vorschläge. Erkannt wird, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem Großexperimente mit dem Lebensraum Erde durchführt, eine wirtschaftliche und soziale Stabilität nicht herstellen kann und am Schutz der Umweltressourcen kein betriebswirtschaftliches Interesse hat. Mit dieser Einschätzung befindet sich der Autor in Gesellschaft aller ernsthaften Ökologen.

Karl Otto Henseling: Am Ende des fossilen Zeitalters. Alternativen zum Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen. - Oekom-Verlag, 2008, ISBN 978-3-86581-122-6, 275 S., 19,90 €

Die Krisen des Kapitalismus

Saral Sakar

Spätestens seit der Finanzkrise im Jahr 2008 ist es ins Bewusstsein der Menschen in den Industrieländern gedrungen: Der Kapitalismus ist gescheitert. Allerdings: Krisen haben den Kapitalismus stets begleitet: Große Börsencrashes, Verelendung von großen Bevölkerungsteilen in der Dritten Welt, ökologische Zerstörung, Massenarbeitslosigkeit, verheerende Kriege usw. Dies alles gehört zu seinen notwendigen Begleiterscheinungen. Doch entgegen allen „linken“ und marxistischen Theorien, die vorhersagten, dass der Kapitalismus an seinen inneren Widersprüchen zugrunde gehen würde, konnte er sich bis heute am Leben halten – allerdings zu einem hohen Preis.

Saral Sarkar zeichnet sehr detailliert und dennoch gut verständlich die Krisengeschichte des Kapitalismus seit Beginn des vorigen Jahrhunderts bis heute nach. Vor allem diskutiert er ausführlich die unterschiedlichen theoretischen Ansätze, diese Krisenanfälligkeit zu erklären, und die theoretischen Ansprüche sowie praktische Versuche, ihn „krisenfest“ zu machen. Einen breiten Raum nehmen dabei John Meynard Keynes und der Keynesianismus ein, der sich ja gerade heute wieder eines großen Ansehens erfreut.

Sarkar bleibt bei seiner Analyse nicht an der Oberfläche. Nicht einige zweifelhafte Praktiken von Bankmanagern waren es etwa, die für die aktuelle Situation verantwortlich sind, sondern der letzte Grund liegt im Wachstumszwang des Kapitalismus selbst und in den Grenzen des Wachstums, die nun endgültig erreicht sind. Eingehend beschreibt Sarkar den aktuellen „Zangengriff“, in dem wir uns befinden: Die schwindende Ressourcenbasis (vor allem, aber nicht nur die schwindenden Reserven an fossiler Energie) einerseits und die ungeheure Aufgabe der Beschränkung der Erderwärmung. Er entlarvt die Illusion, dass erneuerbare Energien/Ressourcen diese schwindende Ressourcenbasis ersetzen könnten. Wir werden in naher Zukunft mit wesentlich weniger Nettoenergie auskommen müssen. Die Zeiten des

Wirtschaftswachstums sind endgültig vorbei. Damit ist aber der Kapitalismus selbst an sein Ende angelangt. Jedoch nicht nur diese Wirtschaftsform, unsere Industriegesellschaft selbst steht zur Disposition. Eine schrumpfende Wirtschaft ist als eine kapitalistische schlicht nicht mehr denkbar. Mit einem solchen Ansatz zum Thema geht Sarkar über die tradierte politische Ökonomie und ihre marxistische Kritik hinaus und deutet die Grundlage einer anderen an.

An uns liegt es nun, den notwendigen Prozess des Rückzugs vom Wachstumswahn nicht ins Chaos gleiten zu lassen, sondern ihn sozial gerecht, demokratisch und partizipatorisch zu organisieren. Ökosozialismus ist die Antwort auf das Scheitern des Kapitalismus, wenn es nicht in eine unbeherrschbare Katastrophe münden soll. Gleichzeitig entspricht er unserer zwei Jahrhunderte alten Vision von einer solidarischen Gesellschaft.

Saral Sarkar: Die Krisen des Kapitalismus. Eine andere Studie der politischen Ökonomie. - Herausgegeben von der Initiative Ökosozialismus, 400 Seiten, Kartiert, 2009, 20 €

Das Buch ist gegen eine Spende von 20 € zur Kostendeckung zu beziehen bei: Saral Sarkar (Blumenstraße 9, 50670 Köln, Tel.: 0221 1391737, Fax: 0221 37990530, E-Mail: saralsarkar@gmx.de) und Bruno Kern (Mombacher Straße 75 A, 55122 Mainz, Tel.: 06131 236461, E-Mail: fackelkraus@gmx.de) Als pdf-Datei ist das Buch auch auf unserer Website zugänglich: www.oekosozialismus.net

Ökologische Utopien in der DDR

Alexander Amberger

Zu Beginn der Siebziger Jahre wurde die Umweltproblematik durch die Berichte an den „Club of Rome“ und ähnlich gelagerte Bücher (wie etwa Gordon Rattray Taylors „Doomsdaybook“ oder Herbert Gruhls „Ein Planet wird geplündert“) einer breiten Öffentlichkeit bewusst. Diese Schriften entstammten bürgerlichen, teils sogar konservativen Kreisen. Plötzlich waren Ressourcenknappheit, die Bevölkerungsexplosion, Umweltverschmutzung und Technikfeptizismus Schlagworte des öffentlichen Diskurses.

Zeitgleich erlebte in den USA das Genre der politischen Utopie seine Wiedergeburt. Dazu muss man wissen – und der Politikwissenschaftler Andreas Heyer stellt das in seiner Broschüre „Ökologie und Opposition“ verständlich dar –, dass sich dieses Genre in zwei grundlegende Entwicklungslinien unterteilt: Zum einen gibt es den anarchistischen Utopietyp, der auf die „Utopia“ von Morus zurückgeht und einen starken bis allmächtigen (Verteilungs-)Staat konzipiert. Zum anderen existiert die jüngere Linie

der anarchistischen Utopien, die erstmals im Frankreich der frühen Aufklärungszeit entstanden.

Die anarchistische Linie wurde im 20. Jahrhundert durch die real existierenden Diktaturen diskreditiert und mittels der schwarzen Utopien (wie Orwells „1984“ oder Huxleys „Schöne neue Welt“) entmündigt. Damit schien auch das Ende der Utopie als Ganzes besiegelt. Doch der anarchistische Zweig blühte in den siebziger Jahren wieder auf, integrierte dabei die Selbstkritik des Genres durch die schwarzen Utopien und sorgte für eine Renaissance der politischen Utopie. In der Forschung werden diese Schriften als postmaterielle, postmaterialistische oder auch neue Utopien bezeichnet. Ernest Callenbachs „Ökotopia“ und Ursula K. LeGuins „Planet der Habenichtse“ sind die wohl bekanntesten Texte dieses Genres. Es entstand in den USA und nahezu all diese Utopien kommen auch von dort, wie Heyer feststellt.

Darum ist es um so bemerkenswerter, dass ausgerechnet in der kleinen DDR ebenfalls Utopien dieser Art verfasst wurden. Weder in anderen Ländern des sogenannten „Ostblocks“ noch in den kapitalistischen Staaten Westeuropas wurden zu dieser Zeit ähnliche Konzepte entworfen. Für die DDR sind dabei drei Schriften hervorzuheben: Wolfgang Harichs „Kommunismus ohne Wachstum?“ (1975), Rudolf Bahros „Die Alternative“ (1977) und Robert Havemanns „Morgen“ (1980).

Andreas Heyer klammert in vorliegender Broschüre Bahros Schrift aus, da diese bereits in weiten Teilen utopiegeschichtlich erforscht sei. Die anderen beiden Texte vergleicht er miteinander. Während Havemann eine anarchistische Utopie schrieb, habe Harich als einer von ganz wenigen Autoren versucht, das Genre der anarchistischen Utopie wieder zum Leben zu erwecken. Das Resultat sei bemerkenswert. Heyer meint sogar: „Harichs Werk nimmt innerhalb der Utopieliteratur des 20. Jahrhunderts eine herausragende Stellung ein.“ Doch was ist daran so besonders?: Harich denkt den Verzichtsgedanken mit allen möglichen notwendigen Konsequenzen zu Ende. Der Kommunismus der SED gehe vom Wachstum aus. Der „Springquell allen Reichtums“, wie ihn Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ prognostizierte, könne der Kommunismus der Zukunft aber aufgrund der ökologischen Krise nicht mehr werden. Vielmehr sei ein Zurück zum asketischen Verteilungskommunismus Babeufs nötig. An dessen Spitze stehe eine Weltregierung, die nahezu unbeschränkte Befugnisse habe. Bürgerliche Menschenrechte werden zu Gunsten der Natur aufgehoben. Alles wird reglementiert: von den Geburten über die Lebensmittel bis hin zum Wohnraum. Dieses Konzept Harichs wirft natürlich Widersprüche auf, denen Heyer nachgeht. Er verortet den Text in Harichs Biographie (man denke daran, dass er 1957 zu 10 Jahren Zuchthaus wegen seiner Ulbricht-feindlichen „Plattform“ verurteilt wurde) und würdigt Harich als frühen ökologischen Denker innerhalb des Marxismus.

Havemanns „Morgen“ sei hingegen eine klassische postmaterialistische Utopie anarchistischen Typs. Er

verbindet den Anarcho-Kommunismus Kropotkins mit dem Ökodiskurs der Siebziger. Seine Utopie beschreibt einen anderen Ausweg aus dem ökologischen Desaster der Gegenwart. Nicht ein Mehr an Diktatur sei nötig, wie es Harich vorschwebt, sondern ein „Dritter Weg“ zwischen realem Sozialismus und Kapitalismus. Auch Havemanns Ansatz hat Stärken und Schwächen, die Heyer aufzeigt.

Summa summarum ist „Ökologie und Opposition“ eine lesenswerte und zu diesem Preis unschlagbare Einführung in das Thema. Der Autor stellt die beiden Texte verständlich dar, ordnet sie in die Utopiegeschichte ein und betont ihre Mängel und Vorzüge.

Andreas Heyer (2009): Ökologie und Opposition. Die politischen Utopien von Wolfgang Harich und Robert Havemann: Philosophische Gespräche Nr. 14. – Helle Panke e. V. Berlin, 48 S., 3 € (zu beziehen über www.helle-panke.de oder Tel. 030 47538724)

Wenn die Natur zurückkehrt

Christian Rehmer

Was wäre wenn die Schweinegrippe sich so fatal entwickeln würde wie die spanische Grippe im Jahr 1918? Letzterer fielen weltweit 50 Millionen Menschen zum Opfer. Alan Weisman hat sein Buch zwei Jahre vor den aktuellen Schweinegrippeausbrüchen geschrieben, aber der aktuellen Frage „Was wäre wenn?“ geht er in seinem Buch immer wieder nach. Was wäre wenn es morgen die Menschen nicht mehr gäbe? Wenn von einem auf den anderen Tag keine Autos mehr fahren, kein Unkraut mehr gejätet und auch keine Kraftwerke mehr betrieben würden? Wie und wie schnell würde sich die Natur ihren Platz zurückerobern? Was sich zugegebenermaßen nach einer billigen populärwissenschaftlichen Zusammenstellung anhört, ist in Wirklichkeit ein sehr lesenswerter naturwissenschaftlicher Thriller. Weisman schreibt dabei weniger über die Zukunft, sondern untersucht viel mehr, wie die Erde war, bevor homo sapiens und seine Vorfahren anfangen sie sich „untertan zu machen“. Er berichtet von den Straßen New Yorks, welche von Wurzeln aufgesprengt werden. Er untersucht die südamerikanischen Hochkulturen und deren Untergang. Er analysiert Artenreichtum und –vielfalt im Białowieża-Nationalpark. Weismans Buch ist lesenswert für jeden, der die Natur liebt und sie verstehen möchte. Wer sie nicht liebt, sollte das Buch trotzdem lesen: Danach wird er sie respektieren.

Alan Weisman: Die Welt ohne uns: Reise über eine unbevölkerte Erde. - ISBN 3492253059, 432 S., 9,95 €

Die nächste industrielle Revolution – Die Cradle-to-Cradle-Community

Götz Brandt

Die Autoren sind konsequente Anhänger einer Kreislaufwirtschaft, die sowohl biologische als auch technische Stoffe umfasst. „Cradle to Cradle“ ist ihr Slogan, von der Wiege zur Wiege und nicht von der Wiege ins Grab. Heute werden die Stoffe in der Regel weggeworfen und nicht wieder in den biologischen oder technischen Kreislauf zurückgeführt. Kreislaufwirtschaft begründen sie mit dem Ende vieler Rohstoffe und den Umweltbelastungen, den die Industrieabfälle in der Natur anrichten. End-of-pipe-Lösungen werden abgelehnt, da sie am Grundkonzept der Industrieproduktion nichts ändern. Rohstoffe müssen möglichst unendliche Lebenszyklen haben und dürfen in der Umwelt keinerlei Spuren hinterlassen. Anhand von 32 Firmenporträts und Berichten aus der Praxis wird nachgewiesen, dass das Cradle-to-Cradle-Konzept in der kapitalistischen Praxis realisierbar ist. Nun glauben die Autoren, dass eine ökologische Enthaltsamkeit gar nicht notwendig ist, Wirtschaftswachstum weiterhin möglich ist, wenn ihr Konzept von allen Herstellern angewendet wird.

Mit keinem Wort gehen sie auf die gängige kapitalistische Praxis ein, dass die Industrieabprodukte ohne Kosten in die Natur gekippt werden und dort Schaden anrichten. Nur bei einem Beispiel wird die Katze aus dem Sack gelassen: Die neue Kreislauflösung hat den Profit halbiert. Das ist der eigentliche Grund, warum das Kapital an einer Kreislaufwirtschaft nicht interessiert ist und nur dann Stoffe wiederverwendet, wenn das profitabel ist. Wenn als schädlich eingestufte Produkte aus dem Produktionsprozess genommen werden sollen, wie es die Autoren vorschlagen, dann kann die halbe Industrieproduktion lahmgelegt werden. Dennoch sind die angeführten Beispiele beeindruckend und zeigen, dass auf Gebieten, wo Naturmaterialien verwendet werden, die Kreislaufwirtschaft noch am einfachsten einzuführen ist. Das Buch reiht sich in die vielen Veröffentlichungen zur Kreislaufwirtschaft als „revolutionäre“ Betrachtung des Problems ein. Die gemachten Vorschläge benötigen zur vollständigen Umsetzung eine sozialistische Gesellschaft.

Michael Braungart, William McDonough (Hrsg.)

Die nächste industrielle Revolution – Die Cradle to Cradle-Community. - EVA, Hamburg 2008, 245 S. ISBN 978-3-434-50626-4

Buchempfehlungen

Zusammenstellung von Marko Ferst

Thilo Bode

Abgespeist. Wie wir beim Essen betrogen werden und was wir dagegen tun können

Gammelfleisch und BSE, Dioxin in Babynahrung, Acrylamid in Kartoffelchips und Pestizide in Paprika - regelmäßig rütteln Lebensmittelskandale den Verbraucher auf, führen zu lärmenden Medienkampagnen - und versanden meist nach recht kurzer Zeit im Nichts. Dabei handelt es sich bei den genannten Skandalen nur um die Spitze eines gewaltigen Eisbergs. Über 300 Lebensmittelzusatzstoffe sind beispielsweise von der EU zugelassen - die Hälfte davon ist wegen ihrer möglicherweise negativen gesundheitlichen Auswirkungen auf den Konsumenten umstritten. Fleischabfälle werden global verschoben und unter neuer Etikettierung reimportiert, der Fertigteig für das morgendliche Backshop-Brötchen kommt aus China. Die Herkunft und Zusammensetzung einzelner Lebensmittel ist für den Verbraucher kaum mehr nachvollziehbar. Der Gesetzgeber unterstützt dabei die Verschleierungstaktiken der Nahrungsindustrie; denn schließlich soll dieser ja kein wirtschaftlicher Schaden entstehen. Fischer Taschenbuchverlag, 2008, 256 S., 9,95 €

Christoph Bals, Horst Hamm, Ilona Jerger, Klaus Mielke

Die Welt am Scheideweg. Wie retten wir das Klima?

Dass es den Klimawandel gibt, ist keine Frage mehr wie aber bekommen wir ihn und seine Folgen in den Griff? Und es eilt, denn die Veränderung findet schneller statt, als vor kurzem noch gedacht. Es geht also heute um Wege aus der Klima-Falle. Dieses Buch zeigt sie in ihrer Bandbreite auf von konventionellen bis zu ungewöhnlichen Lösungen: Wie wir die oft sehr kurzatmige Aufregung in langfristige Konzepte umwandeln können. Welche Rolle technische Entwicklungen zur Energie-Effizienz spielen sollten, welche die erneuerbaren Energien oder die Atomkraft. Wie stark eigentlich der Einfluss des Einzelnen als Konsument ist. Und was der Klimawandel am Ende für die Veränderung unserer Gesellschaft und sogar die Demokratie bedeuten kann. GERMANWATCH zählt zu den wichtigsten weltweit aktiven Nichtregierungsorganisationen, die hinter den Kulissen der Klimakonferenzen und Politgipfel wirkungsvoll für den Klimaschutz arbeiten. Deshalb gibt dieses Buch zudem Einblicke in die Hintergründe von Klimapolitik, wie sie normalerweise nicht möglich sind.

Germanwatch + Natur & Kosmos (Hrsg.), Rowohlt-Verlag, 2008, ;318 S., 16,90 €

Franz Alt

Sonnige Aussichten. Wie Klimaschutz zum Gewinn für alle wird

Nicht jammern, sondern handeln, um die Zukunft für uns und unsere Kinder zu sichern und selbst davon zu profitieren. Ein eindringlicher und leidenschaftlicher Aufruf, anders zu denken und zu leben.»Ich fange da an, wo Al Gore aufhört.« sagt Franz Alt. Die drohende Klimakatastrophe und wie wir sie verhindern können, das ist das Thema der Gegenwart. Denn wenn Mensch und Natur überleben wollen, muss etwas passieren. Franz Alt zeigt, warum es notwendig und sinnvoll ist, eine neue Werte-Ethik zu etablieren mit dem Ziel, ein achtsames, nachhaltiges Leben zu ermöglichen. Mit vielen aktuellen Beispielen, Daten und Fakten veranschaulicht Franz Alt, welche positiven Effekte das für alle haben wird. Gütersloher Verlagshaus 2008, 239 S., 19,95 €

Günter Altner u. a. (Hrsg.)

Jahrbuch Ökologie 2009. Lob der Vielfalt

Das Jahrbuch Ökologie informiert über die ökologische Situation und die Belastungstrends in den verschiedenen Bereichen der natürlichen Umwelt analysiert die staatliche und internationale Umweltpolitik bringt einen Disput zu einem wichtigen umweltpolitischen Thema dokumentiert historisch bedeutsame, umweltbezogene Ereignisse und Initiativen beschreibt positive Alltagserfahrungen und entwirft Visionen für eine zukunftsfähige Welt wendet sich an eine sensible Öffentlichkeit, die sich der Umweltkrise bewusst ist und nach tragfähigen Alternativen im Umgang mit der Natur sucht ist einem breiten Ökologiebegriff verpflichtet, der im Alltag verankert ist und das Verhältnis von Mensch und Natur, von Gesellschaft und Umwelt umfasst.

Hirzel-Verlag, 2008, 248 S., 24,80 €

Richard Pietraß

Freigang. Gedichte

Der Freigänger des unendlichen Kosmos, meint Pietraß, ist beurlaubt für seine irdische Rolle, um in der Unendlichkeit seine Endlichkeit zu begreifen. Dennoch nähert er sich kindsköpfig den Schönheiten dieser Welt, trauert um verlorene Gefährten in wechselnden Systemen unter den Augen des Stiefvaters Staat und der Leibmutter Natur. Glanzstück der Sammlung ist der Zyklus Totentanz, ausgeweitet auf die Tierwelt, die ihrerseits dem Sensenmann Mensch ausgeliefert ist. Richard Pietraß, geboren 1946 in Lichtenstein/ Sachsen, Lyriker und Nachdichter, lebt als freier Autor in Berlin. Er gehört dem Arbeitskreis umweltengagierter Schriftsteller an. (www.foenwelt.de)

Faber & Faber, 2006, 96 S., 16 €

DIE LINKE im Europaparlament Klimawandel und Energie.

Das Heft wurde herausgegeben von der LINKEN im Europaparlament und beschäftigt sich mit verschiedenen Aspekten beim Klimawandel, der Armut, Nahrung, der Frage Wasser, dem Emissionshandel. Die Probleme einer anderen Energiepolitik stehen im Mittelpunkt. Die Beiträge stammen von Hans Kurt Hill, Bernd Brouns, Gabi Zimmer, Andre Brie, Sylvia Yvonne Kaufmann, Helmuth Markov u. v. a.
la gauche 8, 2008, 66 S. E-mail: sonja.giese@europarl.europa.eu

LESERMEINUNGEN

„Wann und wo sehen wir uns wieder und sind froh?“

Leserbrief von Anne-Kathrein Petereit, Berlin

Mit diesem gemeinsam gesungenen Kanon endete unser Bundestreffen im Fichtelgebirge. Gesang und lustige Rezitationen nach getaner Arbeit – das war ein Novum in der Ökologischen Plattform. Seit langem frage ich mich, warum es in der Linkspartei oft so trocken, kopflastig und unmusisch zugeht. Sagt nicht, das sei in allen Parteien so. Ich verkehre gelegentlich in der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands, da werden Sketche und Brecht-Rezitationen dargeboten, es wird gesungen und getanzt. Die Verbindung ergab sich für mich, weil ich am 7. Frauenpolitischen Ratschlag teilgenommen hatte. Diese Veranstaltung ist zwar überparteilich, aber viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind Mitglieder der MLPD. An drei Tagen wurde über Politik, Umwelt und Frauenrechte gesprochen, wir sind durch Düsseldorf demonstriert, man konnte an Werkstätten für Folklore, Matriarchate oder Qi-gong teilnehmen. Als bei der Abschlussveranstaltung das spanische Lied „Todo cambia – alles verändert sich“ vorgetragen wurde, erhoben sich 600 Zuhörer spontan von den Plätzen, fassten sich an den Händen und sangen den Kehrreim mit. Da hatte ich ein Empfinden von Spiritualität. Ähnliches habe ich in 19 Jahren PDS/Linkspartei nicht erlebt.

Ich bin überzeugt, dass in und bei der Linkspartei viele kulturell interessiert, künstlerisch tätig sind. Aber in der Partei merkt man das nicht, da dominiert die Ratio. Sind wir immer noch der Meinung, dass Gefühle, Fantasie, Kreativität, Unbewusstes „irrational“ sind? Sind wir gar besessen vom „rationalistischen Dämon“? Der deutsche Philosoph Jean Gebser schlug vor, für die anderen Wesenskräfte des Menschen statt des abwertenden Wortes „irrational“ das Wort „a-rational“ zu verwenden. Rudolf Bahro meinte mit Blick auf den Zustand der Welt: „Nicht das Gefühl, der Verstand geht durch.“

Seit einiger Zeit versuche ich, Gitarre zu lernen. Aber im Alter sind die Fortschritte nicht so gewaltig, so dass ich leider noch nicht beim Singen begleiten kann. Kann denn keiner von Euch Gitarre oder Akkordeon spielen, um uns beim nächsten Bundestreffen zu begleiten? Ich denke, eine musische, heitere Atmosphäre würde uns auch die politische Arbeit erleichtern. Noch einmal Bahro: „Überdies wird die intellektuelle Verständigung leicht, wenn wir einander als ganze Menschen kennen.“ In und bei der Linkspartei kennen wir uns fast nur als Verstandeswesen. Und müssten wir Ökologen denn nicht vorausgehen, wenn es ums Loskommen vom Konsumzwang geht, wenn wir ein anderes Bild vom „Wohlstand“ zeichnen wollen? Zu einer neuen Lebensweise gehört für mich auch eine fleischarme Ernährung. Seit Jahren schlage ich vor, bisher vergeblich, für unsere Herbsttagung ausschließlich ein vegetarisches Gericht zu bestellen (Catering). Ist es zuviel verlangt für Ökologen, einmal im Jahr fleischlos zu essen?

Anmerkungen zur Wissenschaft Ökologische Ökonomie

Werner Grundmann

In der Märzangabe der „Tarantel“ veröffentlichte Götz Brandt einen Beitrag zum Titel: „Die LINKE braucht eine Theorie der ‚Ökologischen Ökonomie‘“ (vgl. Heft Nr. 44, I/2009, S. 6 bis 10). Darin bezeichnet er die „**Ökologische Ökonomie**“ als „Wissenschaft“, die aus „der Kritik der neoklassischen Umweltökonomie in den 80er Jahren hervorgegangen [ist]“ (vgl. ebd., S. 8). „*Kernaufgabe dieser Wissenschaft*“ sei „*die Erreichung hoher ökologischer, ökonomischer und sozial-kultureller Standards für heutige und künftige Generationen im Rahmen der natürlichen Tragfähigkeit.*“ (ebd.) Ihre „Kernaussagen“ seien „von der Wissenschaft der ‚**Neuen Umweltökonomie**‘ weiterentwickelt“ worden. Als ihr „Hauptvertreter“ wird „Prof. Holger Rogall“ genannt (vgl. ebd.). Götz Brandt geht davon aus, dass bestimmte aus der „Neuen Umweltökonomie“ zitierte Formulierungen „fast ohne Abstriche in ein neues Parteiprogramm der LINKEN aufgenommen werden [könnten]“ (vgl. ebd., S. 8/9). Diesem Vorschlag kann ich aus prinzipiellen Gründen nicht folgen.

Aus meiner Erfahrung auf der Suche nach einer ökologisch orientierten Ökonomie in den neunziger Jahren habe ich von vornherein große Bedenken an der objektiven Berechtigung der neuen Wissenschaft „Ökologische Ökonomie“, und zwar nicht wegen der angestrebten „hohen ökologischen Standards“, sondern wegen der Problematik ihrer Einordnung. Wenn sich die Vertreter der „neuen Wissenschaft“ an das Wirtschaftlichkeitsdenken gebunden betrachten, dann sollten sie besser von „Ökologischer Wirtschaftswissenschaft“, von „Ökologischer Wirtschafts-

lehre“ oder von „Ökologischer Wirtschaftstheorie“ sprechen. Das Gleichsetzen von Ökonomie und Wirtschaftlichkeit bzw. Wirtschaftswissenschaft ist in hohem Maße fragwürdig! Es stellt sich erstens die Frage, ob Wissenschaften oder ihre Teildisziplinen, die primär vom Gewinn- und Konkurrenzdenken ausgehen, als „ökologisch“ bezeichnet werden dürfen. Zweitens bleibt zu beantworten, inwiefern eine vom Wirtschaftlichkeitsprinzip ausgehende Lehre objektiv in der Lage ist, Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung vorzulegen. Ökonomische Gesetze wirken bekanntlich tendenziell. Auch erfolgreiche Bemühungen, die selbstzerstörerischen Wirkungen privatkapitalistischen Wirtschaftens zu bremsen, heben die Grundtendenz nicht auf. Sie verzögern lediglich den Zeitpunkt bis zur weltweiten Katastrophe. Insofern könnten sich alle Bemühungen der „Ökologischen Ökonomie“ als illusionär erweisen.

Wenn eine Wissenschaft bzw. Teildisziplin hingegen primär bedürfnisorientiert ausgerichtet ist, wenn ihre Vertreter ökonomisches Verhalten im Sinne von rationaler Bedürfnisbefriedigung unter gemeinschaftlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen verstehen und wenn sie die Gesamtheit der Grundbedürfnisse von vornherein in ihre Betrachtungen einbeziehen, auch die Wiederherstellung und Erhaltung einer gesunden Lebenswelt, dann erübrigt sich eine Teildisziplin, wie sie die „Ökologische Ökonomie“ sein könnte. Dann gehört ökologisches Verhalten immanent zum Gegenstand einer „neuen“ Ökonomie. Wer als Gemeinschaftswesen von seinen gesamten Grundbedürfnissen ausgeht, verhält sich prinzipiell ökologisch *und* ökonomisch!

Aus den wenigen Darlegungen folgt, dass ohne eine Verständigung zum Begriff *Ökonomie* die „neue“ Wissenschaft „Ökologische Ökonomie“ fragwürdig ist! Es sei an Friedrich Engels erinnert, der in den „Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie“ die „Nationalökonomie“ als „ein ausgebildetes System des erlaubten Betrugs“ und als „eine komplette Bereicherungswissenschaft“ bezeichnete, der sich gegen die Ausdrücke „Nationalökonomie, politische, öffentliche Ökonomie“ wandte und vorschlug: „Die Wissenschaft sollte unter den jetzigen Verhältnissen Privatökonomie heißen, denn ihre öffentlichen Beziehungen sind nur um des Privateigentums willen da.“ (vgl. Friedrich Engels: Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie. MEW, Bd. 1, Berlin 1970, S. 499/503) Es stellt sich deshalb die Frage, ob sich die „Ökologische Ökonomie“ – wenn auch in geläuterter Form – in die Denkweise der Nationalökonomie einordnet. Oder anders gefragt: Für wen soll die „Ökologische Ökonomie“ eine Wissenschaft und zu welchem Zweck sein? Ist sie eine Bereicherungswissenschaft unter „erschwerenden Bedingungen“ oder eine Überlebenswissenschaft? Und welche Sprache nutzt die „neue“ Wissenschaft? Ist es die Sprache des Besitzanspruchs der Menschen über die Natur, der „ungerecht“ verteilten Plünderung und des Verbrauchs natürlicher „Ressourcen“ oder der bewussten Einordnung in das planetare Lebenssystem zum Zwecke seiner Erhaltung?

Einige spezifische Anmerkungen sollen nachfolgend

meine Ausführungen ergänzen. Wenn wir mit Götz Brandt davon ausgehen, dass „die **kapitalistische Wirtschaft naturzerstörend** wirkt“, dass die kapitalistische „Wirtschaftsordnung ... die Menschheit in den Untergang führt“ (vgl. ebd., S. 7), dass also eine auf Gewinn orientierte Realwirtschaft und eine auf Profit ausgerichtete Finanzwirtschaft tendenziell eine ökologische Katastrophe verursachen, dann heißt dies nichts anderes, als dass die primär wertorientierte Konkurrenzökonomie – gleich welcher Form – historisch überholt ist, dass sie aus existenziellen Gründen abgelöst und durch eine primär auf Gebrauchswerte, vor allem auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse, ausgerichtete Ökonomie ersetzt werden muss. Dies gilt auch für die sozialistische Form des Wirtschaftens im gesamtstaatlichen Rahmen. Die sozialistischen Volkswirtschaften scheiterten in Konkurrenz zur globalisierten kapitalistischen Weltwirtschaft. Dies führte – bis auf Ausnahmen – zur Restauration kapitalistischer Verhältnisse mit teils stärkeren Umweltbelastungen als in den hoch entwickelten kapitalistischen Ländern. Der Leninsche Weg des Herausbrechens einzelner Länder aus dem kapitalistischen System mit dem Ziel des schrittweisen Aufbaus einer sozialistischen Weltordnung ist gescheitert! Bestimmte Länder, wie Venezuela, die heute einen neuen sozialistischen Versuch wagen, nutzen ihren Ölreichtum, um die sozialen Verhältnisse im eigenen Lande zu verbessern, tragen aber über die Erdölförderung zur Beschleunigung des Klimawandels bei.

Die auf den Erkenntnissen von Karl Marx und Friedrich Engels aufbauenden Linken sollten sich ausgehend von den historischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts eine Position erarbeiten, inwieweit die Marxsche Grunderkenntnis der historischen Abfolge ökonomischer Gesellschaftsformationen eine der wesentlichen Grundlagen politischen Handelns bleiben soll. Wenn ja, dann bedarf es einer primär bedürfnisorientierten ökonomischen Denkweise und jener „neuen“ Ökonomie der rationalen Bedürfnisbefriedigung, die von vornherein von der Wiederherstellung und Erhaltung einer gesunden Lebenswelt mit ausgeht. Doch eine solche Ökonomie lässt sich nicht in Konkurrenz zur vorherrschenden Privatökonomie durchsetzen. Sie muss als „wahre Ökonomie“ propagiert werden und sich innerhalb des kapitalistischen Systems entwickeln können, etwa wenn Gebrauchswerte der Überfluss- und Wegwerfgesellschaft weiterhin rationell genutzt und erhalten werden. Die bewussten Träger einer solchen auf rationale Befriedigung insbesondere der Grundbedürfnisse ausgerichteten Ökonomie könnten sich in „Zellen der Gemeinschaftsökonomie“ zusammenschließen. Sie werden erkennen, dass gemeinschaftliches Handeln in Kooperation mit anderen Gemeinschaften die beste Gewähr dafür bietet, um den Anforderungen der „neuen“ Ökonomie bestmöglich zu entsprechen und sich selbst zu nutzen.

Die Bürgerstädte des Mittelalters stellen ein historisch eindrucksvolles Vorbild zur dominanten Nutzung der „neuen“ Ökonomie dar. Obgleich innerhalb der Städte wirtschaftliches Handeln in den Zünften

der Handwerker und Kaufmannsgilden die ökonomische Grundlage der städtischen Lebensweise und Entwicklung war, dominierte zum Schutz nach außen und zur Sicherung einer rationellen Lebensweise ihrer Einwohner eine Ökonomie der rationellen Bedürfnisbefriedigung. Sie wurde aus dem Steueraufkommen aller Bürger ermöglicht und spiegelte sich in der Struktur der Städte wider, insbesondere in der Form und Dauerhaftigkeit der Stadtmauern, in der Straßenführung, in der Dichte und Geschosshöhe der Bebauung sowie in der Zentralität des Marktes und wichtiger gemeinschaftlicher Einrichtungen. Der rationelle Einsatz der verfügbaren Mittel und Kapazitäten zur Schaffung dauerhafter städtebaulicher Lösungen wurde von außen gegen Übergriffe zum Schutze aller Einwohner der Stadt und zur Sicherung ihrer Lebensweise erzwungen (vgl. www.bwgrundmann.de/Buergerstaedte.htm).

Heute stehen wir weltweit vor einer analogen Situation, allerdings zum Schutze gegen die innere Zerstörung unserer Lebenswelt. Unsere irdische Existenz wird sukzessive untergraben, weil die globalisierte Wirtschaft und Finanzwirtschaft wie ein Krebsgeschwür die Natur zerstört, plündert und sich zu Lasten der Natur und unserer Nachwelt bereichert. Je mehr „Wirtschaftswachstum“ und „Wachstum“ der Finanzmärkte, umso weniger wächst die Natur!

Das Krebsgeschwür kann aufgelöst werden, wenn wir von den Vorstellungen des jungen Karl Marx ausgehen, der in seinen „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten aus dem Jahre 1844“ den Kommunismus als „die *wahrhafte* Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen“ bezeichnete (vgl. MEW, Ergänzungsband, Erster Teil, Berlin 1968, S. 536) und im „Kapital“, Bd. 1, unter Bezug auf Aristoteles auf die Existenz von zwei in der Antike bekannten ökonomischen Wissenschaften verwies, auf die „Chrematistik“ als „Kunst ..., Geld zu machen“ und die „Ökonomik“ als „Erwerbskunst“, die sich auf die „Verschaffung der zum Leben und für das Haus oder den Staat nützlichen Güter“ beschränke. Für die „Chrematistik“ sei „die Zirkulation die Quelle des Reichtums“. Das Geld sei „ihr Anfang und das Ende“. Für die „Chrematistik“ scheine „keine Grenze des Reichtums und des Besitzes zu existieren“. Aristoteles fügte hinzu: „Die Verwechslung beider Formen, die ineinander überspielen, veranlasst einige, die Erhaltung und Vermehrung des Geldes ins Unendliche als Endziel der Ökonomik zu betrachten.“ (vgl. Karl Marx; Das Kapital, MEW, Bd. 23, Berlin 1971, S. 167, Fußnote 6)

Aus den wenigen Hinweisen folgt erstens, dass Karl Marx die Berechtigung einer zweiten, einer primär auf Gebrauchswerte orientierten Ökonomie unterstützte. Doch sie war nicht Gegenstand der „Kritik der politischen Ökonomie“. Allerdings versäumten es seine geistigen Nachfolger, den Verweis auf zwei Ökonomien als möglicherweise grundlegend für den Aufbau und die Funktionsweise einer nachkapitalistischen Ordnung ernst zu nehmen.

Zweitens folgt aus der Unterscheidung nach zwei Ökonomien, dass die Marxsche Erkenntnis der histo-

rischen Abfolge ökonomischer Gesellschaftsformationen im Übergang zu einer nachkapitalistischen Gemeinschaftsordnung auf qualitativ neue ökonomische Weise bestätigt werden kann. Die ökonomische Überlegenheit dieser Ordnung würde in der Sicherung unseres Überlebens bestehen!

Wenn jede Form der Marktwirtschaft trotz des Versuchs der „sozial-ökologischen“ Ausrichtung tendenziell in die Katastrophe führt, dann kann es für die linken Parteien zur Sicherung des Überlebens der Menschheit nur eine Doppelstrategie geben, die sowohl von politischen Aktivitäten zur Verminderung der Fehlwirkungen der vorherrschenden Privatökonomie als auch von der Verbreitung und Installierung der neuen, der wahren Ökonomie, der Gemeinschaftsökonomie ausgeht. Es gilt, das Entstehen der neuen Ordnung im Rahmen der alten Ordnung durch die Schaffung theoretischer Grundlagen und die Verbreitung der Ergebnisse weltweit zu *initiiieren* und die entstehenden Strukturen politisch zu *begleiten* und zu unterstützen. Die linken Parteien werden mit einer solchen Strategie Erfolg haben, je klarer und verständlicher sie diese propagieren, weil sehr vielen Menschen bereits heute bewusst ist, wie die Überlebenschancen unserer Menschheit schwinden. Zu den notwendigen Aussagen gehören:

- Infolge der privaten Eigentums- und Besitzverhältnisse und der vorherrschenden Privat- und Konkurrenzökonomie ist die kapitalistische Gesellschaft eine Bereicherungs-, Ausbeutungs-, Verarmungs-, Zerstörungs- und letztlich Selbstvernichtungsgesellschaft. Sie teilt die Menschheit nicht nur in Reiche und Arme; sie verarmt, verbraucht und zerstört zugleich ihre eigene, unsere Lebenswelt. Entweder es gelingt, das kapitalistische System rechtzeitig schrittweise abzulösen, oder wir gehen mit ihm unter.
- Das Scheitern des sozialistischen in Konkurrenz zum kapitalistischen System verweist darauf, dass die Ablösung des Kapitalismus nur von Innen heraus erfolgen kann, indem immer mehr Menschen begreifen, dass die tendenzielle Zerstörung unserer Lebensgrundlagen durch eine fragwürdige „Ökonomie“ verursacht wird, die Eigennutz über Gemeinnutz stellt und dass eben jene Privatökonomie in Form des Wirtschaftlichkeitsprinzips und Bereicherungsprinzips den Eigennutz der Menschen erst erzeugt hat und weiter fördert. Daraus folgt die Notwendigkeit der Verbreitung und Förderung einer Ökonomie, die umgekehrt Gemeinnutz über Eigennutz stellt und die im Rahmen ihrer Realisierung Gemeinschaftlichkeit sowie Kooperation zwischen den Beteiligten erzeugt, einer Ökonomie, die dem gesunden Menschenverstand entspricht.

Ausgehend von meinen Darlegungen fällt es mir schwer nachzuvollziehen, inwiefern bestimmte Formulierungen von Prof. Holger Brandt „fast ohne Abstriche in ein neues Parteiprogramm der LINKEN aufgenommen werden“ können (vgl. Götz Brandt, a. a. O., S. 9):

- Ich sehe keine „**Chance einer dauerhaft aufrechthaltbaren Entwicklung**“ unter Vorherr-

schaft der Privatökonomie und verweise auf meine „Kritik des Begriffes Nachhaltigkeit“, Tarantel Nr. 41, 2/2008, S. 33 - 35 (vgl. auch www.bwgrundmann.de/Nachhaltig/BWG.htm)

- Es werde „keine Gleichgewichtsökonomie angestrebt, sondern ein **selektives Wachstum in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit**“ (vgl. ebd., S. 8). Doch wer soll dies gewährleisten? Die Frage der Erhaltung des globalen ökologischen Gleichgewichts, also des natürlich entstandenen Verhältnisses zwischen dem Anteil an pflanzlichem Leben einerseits und dem Anteil an tierischem sowie menschlichem Leben andererseits, wird gar nicht erst gestellt!
- Dass der „Kern menschlicher Verhaltensweisen sich nur in extremen Notsituationen [ändert]“ (vgl. ebd., S. 8/9), widerspricht den Erfahrungen der DDR-Bürger unter „realsozialistischen“ Bedingungen, denn zu DDR-Zeiten gab es hinreichend Beispiele des „**Homo cooperativus**“, und zwar sowohl in den Betrieben, den Verwaltungen, den gesellschaftlichen Einrichtungen als auch in den Hausgemeinschaften.

Götz Brandt führt zum Abschluss seines Beitrags aus, dass nur „über den **Weg der Erkämpfung der politischen Macht ein Weg zur Rettung von Natur und Gesellschaft [führt]**“ (vgl. ebd., S. 10).

Dagegen setze ich die These: **Die „neue“ Ökonomie der rationellen Bedürfnisbefriedigung, die Gemeinschaftsökonomie, wird zum Mittel der Bewahrung unserer Lebensgrundlagen werden, wenn sie von immer mehr Menschen verinnerlicht und praktisch genutzt wird.** Die Einsicht in einen notwendigen ökonomischen Wandel, die Schaffung einer neuen ökonomischen Funktionsweise auf der Basis der Ausdehnung von Gemeineigentum und (eingeschränktem) Gemeinbesitz zum Aufbau einer weltweiten Gemeinschaftsordnung müssen jedoch über Jahrzehnte wachsen, bevor es wahrhaft demokratische Entscheidungen ermöglichen werden, die Privatökonomie Schritt für Schritt von ihrer weltweiten Dominanz zu verdrängen.

Hingegen kann politische Macht im Namen des Fortschritts zur Schaffung von Diktaturen missbraucht werden, wenn die Einsicht der Menschen in die Grundlagen und Zusammenhänge gesellschaftlicher und gemeinschaftlicher Entwicklung nicht hinreichend vorangeschritten ist. Insbesondere hat sich der Weg als falsch erwiesen, über Revolutionen zu dauerhaftem Fortschritt zu gelangen, wenn die neue Ordnung der Gesellschaft lediglich aufgepfropft wird. Eine Begründung für den Aufbau einer nachkapitalistischen Ordnung auf der Basis von Gemeinschaftsökonomie kann in den „*Berliner Thesen* für eine nachkapitalistische Gemeinschaftsordnung“ nachgelesen werden. Die „*Berliner Thesen*“ vom 4. Oktober 2007 sind im Umfang von 70 Seiten über www.bwgrundmann.de/btorig1.htm abrufbar, ebenso die zehn Seiten der „*Erkenntnisse aus den Berliner Thesen ...*“ über www.bwgrundmann.de/erk_bt.htm.

Kontakt: wbgrundmann@online.de

Kurswechsel

Gedicht von Marko Ferst

Mit weichgespülter Nachhaltigkeit
kann man Politik machen
aber man handelt nicht mehr politisch
vieles wird zum Verstoß
gegen elementare Vernunft
was ist das für eine Schliche
wenn nur noch vernünftig ist
der schnelle Vorteil
kurzsichtige Sozialpolitik
zu Lasten der Kommenden
erodiert was morgen sozial
halten könnte als neues Netz
eine Wirtschaft herrscht
die lernte wie zerstampft wird
was sie doch richten müsste
Glückspiel treibt man an der Börse
Menschenleben sind der Einsatz
einsperren müsste man
die Verantwortung nicht kennen
wenn es gerecht zuginge
doch es geht hier gar nichts mehr
sondern es geht etwas ab
macht die Leinen los
hier sind Verrückte am Werk
lasst uns eigenen Kurs nehmen!

Impressum

Kontakt:

Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
oekoplattform@die-linke.de
www.oekologische-plattform.de

Herausgeber:

Sprecherrat der Ökologischen Plattform

Redaktion:

zeitschrift-oekoplattform@web.de
(ausschließlich für Veröffentlichungen)
Redaktionsschluss: 18.06.2009
Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden.
Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat.

Veröffentlichte Beiträge spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform wider.
Beiträge ohne Quellenangabe stammen vom Autor.

Bestellung/Adressänderung:

kontakt-oekoplattform@web.de

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF:

Berliner Bank AG, BLZ 10020000
Konto 4384840000
C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform

Inhaltsverzeichnis

IN EIGENER SACHE	1	UMWELTNACHRICHTEN	20
Sitzung des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform am 08.05.2009	1	Widersinn. Geldregen für Umweltsünden <i>Toralf Staud</i>	20
Bericht vom Bundestreffen der Ökologischen Plattform <i>Manfred Wolf</i>	1	Tierversuche endlich abschaffen! <i>Presseerklärung der Bundestagsfraktion DIE LINKE, 23.04.2009</i>	21
Hermesbürgschaft vom Ilisu-Staudammprojekt zurückziehen! <i>Brief der Teilnehmer des Bundestreffens der Ökologischen Plattform an die Bundeskanzlerin und die zuständigen Minister der deutschen Regierung</i>	2	Union und SPD opfern Energieeffizienz <i>Presseerklärung der Bundestagsfraktion DIE LINKE, 07.04.2009</i>	21
Antwortbrief der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Frau Heidemarie Wiecek-Zeul	3	Gentechnisch veränderter Reis an Kindern getestet <i>Veröffentlichung von foodwatch, 17.04.2009</i>	21
GRUNDPOSITIONEN	3	Vorsicht vor Gift in Spielzeug <i>Pressemitteilung des BUND, 6. Februar 2009</i>	22
Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft <i>Franz Groll</i>	3	Rückgang der Vögel hat sich bestätigt. „Stunde der Gartenvögel 2009“: Vergleich mit Daten aus Vorjahren liegt vor <i>Markus Nipkow, Andreas von Lindeiner</i>	23
Die Naturfrage bei Marx <i>Götz Brandt</i>	6	Den Untergrund nicht verschenken. CO ₂ -Speicher brauchen Nutzungsgebühr <i>Presseerklärung der Grünen Liga, 05. März 2009</i>	23
ENERGIE	10	Rapide Meeresspiegelschwankungen in Warmzeiten. Instabile Eisschilde als Verursacher? <i>Pressemitteilung des Leibniz-Instituts für Meereswissenschaften (IFM-GEOMAR) an der Universität Kiel, 15.04.2009</i>	24
Viva la Revolución Energética. Kuba hat in zwei kurzen Jahren alle Länder im Sinne von Energieeffizienz überholt <i>Laurie Guevara-Stone</i>	10	BÜCHERECKE	24
Die Sonne schickt keine Rechnung. Baubeginn in Ostdeutschlands erster Solarkommune Viernau <i>Gerd Dolge</i>	11	Am Ende des fossilen Zeitalters <i>Götz Brandt</i>	25
LINKE sieht viele Chancen bei der Rekommunalisierung der Stadtwerke <i>Wolfgang Huste, Marion Morassi</i>	12	Die Krisen des Kapitalismus <i>Saral Sakar</i>	25
Den Castor stoppen? Yes, we can! <i>Dieter Vogel</i>	13	Ökologische Utopien in der DDR <i>Alexander Amberger</i>	26
Mal richtig abschalten! <i>Aufruf zur bundesweiten Demo gegen Atomenergie am 5. September 2009 in Berlin</i>	14	Wenn die Natur zurückkehrt <i>Christian Rehmer</i>	27
KLIMA	15	Die nächste industrielle Revolution – Die Cradle-to-Cradle-Community <i>Götz Brandt</i>	27
Die Ausnahmen sind System: Das Drama der Weltklimakonferenzen <i>Hermann Scheer</i>	15	Buchempfehlungen <i>Zusammenstellung Marko Ferst</i>	28
CO ₂ -Absorptionsfähigkeit warmer Ozeane sinkt rapide <i>Redaktion Schattenblick</i>	16	LESERMEINUNGEN	29
Gute Alternativen zum Emissionshandel <i>Valentin Hollain</i>	17	„Wann und wo sehen wir uns wieder und sind froh?“ <i>Leserbrief von Anne-Kathrein Petereit, Berlin</i>	29
VERKEHR	18	Anmerkungen zur Wissenschaft Ökologische Ökonomie“ <i>Werner Grundmann</i>	29
Europäische Erklärung gegen Bahnprivatisierungen und für nachhaltige Transportsysteme verabschiedet <i>Kongress „Nächster Halt: Bürgerbahn!“</i>	18	Kurswechsel <i>Gedicht von Marko Ferst</i>	32
POLITIK	20		
Sozial und ökologisch? Umweltpolitische Konferenz der Linksfraktion in Berlin <i>Johann Martens</i>	20		

Abbildung auf der Titelseite

Rainer Edelmann fotografierte die Kreuzotter auf dem Bundestreffen in Warmensteinach (Fichtelgebirge) während der Wanderung zum Ochsenkopf

Kontaktadressen

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei den Adressen bitte an kontakt-oekoplattform@web.de melden.

Bundesebene

Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de, oekoplattform@die-linke.de
Manfred Wolf, Tel. 030 2411127, manfredwolfberlin@gmx.de
Petra Beck, pcbe@gmx.net
Marko Ferst, marko@ferst.de
Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de

BAG Umwelt,Energie,Verkehr

Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Methling, Lennestr. 1, 19053 Schwerin, w.methling@dielinke.landtag-mv.de

Bundestag

Eva Bulling-Schröter, MdB, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Tel. 030 22772485, Fax 030 222776485
eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de
Lutz Heilmann, MdB, Tel.030 22770788, Fax 030 22776788,
lutz.heilmann.ma01@bundestag.de
Hans-Kurt Hill, MdB, energiepolitischer Sprecher der LINKEN, Tel. 030 22772478, Fax 030 22776476,
hans-kurt.hill@bundestag.de

E-Mail für kurzfristige Informationen

Umweltverteiler der LINKEN, Ökologische Plattform und BAG Umwelt-Energie-Verkehr
Aufnahme über info@oekologische-plattform.de

Baden-Württemberg

LAG Ökologische Plattform, Wolfgang Kämmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760 Ostfildern,
Mail@WolfgangKaemmerer.de

Berlin

LAG Umwelt, Marion Platta, Mda, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin,
Tel. 030 23252550, Fax 030 23252515,
platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg

LAG Umwelt Brandenburg
Peter Engert (Sprecher AG Umwelt der LINKEN Brandenburg), K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstenwalde,
Tel. 03361 344351
Christian Rehmer (Sprecher AG Umwelt der LINKEN Brandenburg, AG Umwelt bei der LINKEN Barnim),
Tel. 03334/387628, Christian.Rehmer@web.de,
www.dielinke-eberswalde.de
Carolin Steinmetzer, MdL, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam,
csteinmetzer@aol.com

Hamburg

LAG Umwelt
Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg,
g.siegler@web.de

Hessen

Ökologische Plattform Hessen
Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg, Tel. 06421 163873, Hajo.Zeller@web.de

Mecklenburg-Vorpommern

Wolfgang Griese, MdL, energie- und umweltpolitischer Sprecher der LINKEN, Lennestr. 1, 19053 Schwerin,
w.griese@dielinke.landtag-mv.de
Birgit Schwebs, MdL, finanz- und verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN, Lennestr.1, 19053 Schwerin,
Tel.038203 63519, b.schwebs@dielinke.landtag-mv.de

Niedersachsen

Ökologische Plattform, Heinz Preuß, Spittastr. 32, 31787 Hameln, Tel. 05151 409481,
Hpborusso@aol.com (Koordinierungsrat Bundes-ÖPF)
LAG Umwelt-Energie-Verkehr
Ulrich Steinmeyer, Am Oxe 5, 27283 Verden,
Tel. 04231 937960, 0179 4727893,
info@ulrichsteinmeyer.de

Nordrhein-Westfalen

Ökologische Plattform Nordrhein-Westfalen
www.oepf-nrw.de
Ralf Henrichs, Kellermannstr. 13, 48149 Münster, -
Tel. 0151 18479447, raffhenrichs@gmx.de

Rheinland-Pfalz

AG Natur- und Tierschutz, Kreisverband Ahrweiler, Angelika Jürgensonn-Korjenic, Wiesenstr. 5, 56656 Brohl-Lützing,
angelika62de@yahoo.de

Sachsen

ADELE - Ökologische Plattform Sachsen
Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg,
Tel. 035891 35290, an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341 9424882, Micha.lauter@web.de
Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden,
Tel. 0174 98484127, drnatke@web.de (Koordinierungsrat Bundes-ÖPF)

Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt
Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle,
Tel.0345 29418-63, Fax-64

Schleswig-Holstein

Dettmer Grünefeld, Bendixenweg 6, 24975 Ausackerholz b. Flensburg, Tel. 04633 966624,
dettmergruenefeld@hotmail.com

Thüringen

Ökologische Plattform, Dr. Johanna Scheringer-Wright, MdL, agarpolitische Sprecherin der LINKEN, Steingraben 36, 37318 Hohengandern, Tel. 0361 3772604, 0151 11723000, johanna@scheringer.de (Koordinierungsrat Bundes-ÖPF)
Tilo Kummer, MdL, umweltpolitischer Sprecher der LINKEN, Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317, kummer@die-linke-thl.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, s.schmidt@nd-online.de
www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt
Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030 44339147, www.grueneliga-berlin.de/raberalf